

Fünfzehnte Sitzung – Quinzième séance

Donnerstag, 18. März 1993, Nachmittag
Jeudi 18 mars 1993, après-midi

15.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Schmidhalter

91.073

Bundesverfassung. Kulturförderungsartikel Constitution fédérale. Article sur l'encouragement de la culture

Botschaft und Beschlussentwurf vom 6. November 1991
(BBI 1992 I 533)
Message et projet d'arrêté du 6 novembre 1991 (FF 1992 I 515)
Kategorie I, Art. 68 GRN – Catégorie I, art. 68 RCN

Antrag der Kommission
Eintreten

Antrag Sandoz
Nichteintreten

Proposition de la commission
Entrer en matière

Proposition Sandoz
Ne pas entrer en matière

M. Loeb François, rapporteur: Tout d'abord, comme rapporteur de langue allemande, deux mots en français pour vous dire combien moi-même et mes compatriotes de langue allemande apprécions la culture suisse romande, tessinoise et la culture romanche. La Suisse ne serait pas la Suisse sans cette appréciation et, on peut bien le dire, cette admiration des cultures qui font la richesse de notre pays.

In einem ausführlichen Kommissionshearing – es wurden Experten aus Kultur und Kulturförderung, aus Städten, Gemeinden und Kantonen angehört – sowie in intensiven Diskussionen hat Ihre Kommission den Kulturförderungsartikel beraten. Sie hat mit 18 zu 1 Stimmen für Eintreten gestimmt und den neuen Verfassungsartikel mit 18 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Kultur und Kulturförderung haben in diesem Saal schon zu vielen Debatten geführt. Da wir uns ja alle – ich schliesse mich hier nicht aus – als kultivierte Menschen betrachten, haben wir jeweils mit politischer Kultur viel und Bedeutendes zu sagen gehabt. Wer soll Kultur fördern? war eine Frage. Wie und von wem soll sie gefördert werden? Und natürlich – sonst wären wir nicht Treuhänder von Staatsmitteln –: Was kostet sie? Und vor allem: Wer bezahlt? Eine Frage, die zur politischen Kultur gehört wie der Apfel auf den Kopf des Tellenbuben.

Heute aber geht es nicht um Finanzen, sondern um die schon lange fällige Festlegung eines Rahmens. Denn der Bund fördert Kultur seit über hundert Jahren, und der Wunsch nach einem verfassungsrechtlichen Rahmen, der mehr Rechtssicherheit bietet, ist berechtigt. Dieser Wunsch wurde übrigens in einer Motion Morf (86.812), die von 95 Nationalrättinnen und Nationalräten im politischen Spektrum von Herrn Blocher bis zu Herrn Herzog mitunterzeichnet wurde, vorgebracht und vom Bundesrat im Dezember 1987 als Postulat entgegengenommen.

Das Postulat verlangt einen Kulturförderungsartikel, der eine klare und sichere Grundlage für den Kulturförderungsauftrag und die Kulturförderungskompetenzen des Bundes festlegen soll. Um die klare Definition dieser Kompetenz geht es heute, um nichts anderes. Ich möchte betonen, dass ich persönlich froh darüber bin, denn ungeschriebene Verfassungskompetenzen des Bundes liegen mir nicht. Wir brauchen Klarheit und nicht Grauzonen.

Mit dem neuen Verfassungsartikel schaffen wir diese Klarheit, eine Klarheit auf föderalistischer Basis, eine Klarheit, die dem Bund neben den Privaten, den Gemeinden und den Kantonen subsidiäre, also ergänzende, Kompetenzen zuweist. Nur dort, wo Private, Gemeinden und Kantone der Unterstützung bedürfen oder wo es sich um gesamtschweizerische Aufgaben handelt, wird die Bundeskompetenz festgehalten.

Was nun ist Kultur, über die wir heute reden? Kultur beginnt beim einzelnen, beim Individuum. Kultur ist etwas Individuelles, das aus dem Inneren des Individuums kommt. Das Wort «culta» bedeutete ursprünglich Ackerbau. Cicero sprach dann von der «culta animi», der Pflege der Seele, des Geistes. Der Europarat definiert Kultur wie folgt: Kultur ist alles, was dem Individuum erlaubt, sich gegenüber der Welt, der Gesellschaft und auch gegenüber dem heimatlichen Erbgut zuretzufinden; alles, was dazu führt, dass der Mensch seine Lage besser begreift, um sie unter Umständen verändern zu können.

Was nun gehört zur Kultur? Der Kulturbegriff ist sehr breit. Zu ihm gehören Malerei, Musik – von Rock'n'Roll bis Jazz, von der Volksmusik zur Klassik –, Lyrik und Tanz, Ballett, Schauspiel, Oper, Volkstheater, Chorgesang, Filmkunst, die Fotografie, Bildhauerei, Literatur, Volkssagen, Troubadoure, um nur einige zu nennen. Jedes Volk braucht Kultur, braucht Kultur der Seele, hat Kultur, entwickelt Kultur – auch gegen Unkultur –, denn Kultur beinhaltet immer Toleranz, ein Auseinander-Zugehen, ein Sich-miteinander-Auseinandersetzen, ein Sich-Weiterentwickeln, ein Sich-gegenseitig-Zuhören.

Kultur hat auch in jedem Staatswesen eine Klammerfunktion, bildet ein Gemeinsames im Vielfältigen. Wir Schweizerinnen und Schweizer können auf die vielfältige Kultur in unserem Lande stolz sein. Vier Kulturen kommunizieren, verbinden sich zu einem Ganzen in einem Willensakt der Willensnation Schweiz.

Der Bund und Ihre Kommission, die die Verfassungsvorlage vorbereitete, wollen keineswegs – ich möchte das betonen – eine zentralistische Kulturpolitik erreichen. Ganz im Gegenteil will der Kulturförderungsartikel subsidiär, also ergänzend zu all den anderen, welche die Kultur fördern, tätig werden. Aber ohne Kulturförderungsartikel wird der Bund nicht einmal mehr das tun können, was er jetzt tut.

Im vorgelegten Kulturförderungsartikel geht es dem Bund vor allem darum, dass ihm die Kompetenz gegeben wird, die Kultur zu fördern, sie nicht zu reglementieren, sie subsidiär neben Privaten, Gemeinden und Kantonen zu fördern. Im vorgelegten Modell – die Kommission hat die Garantie der Subsidiarität speziell in den Artikel aufgenommen – geht es darum, eine klare Abgrenzung vorzunehmen und die Bundeskompetenzen klar zu definieren.

Es gibt verschiedene Einwände gegen einen Kulturförderungsartikel. Ein erster Einwand betrifft den Zeitpunkt. 1986 wurden in einer Volksabstimmung die Kultur-Initiative und der Gegenvorschlag knapp abgelehnt. Da damals das doppelte Ja noch nicht möglich war, kumulierten sich die Neinstimmen auf beiden Seiten. Das – wie bereits erwähnt – kurz darauf überwiesene Postulat Morf beauftragte den Bundesrat, klare Kompetenzabgrenzungen in der Kulturförderung mittels eines Verfassungsartikels zu erreichen.

Was wollen wir mit dem Kulturartikel neben dieser Abgrenzung? Warum sollten wir einen Kulturartikel in der Bundesverfassung haben?

Die sich rasch entwickelnde europäische Integration mit der Bildung von Regionen erfordert für unser Land eine Stärkung der gemeinsamen kulturellen Anstrengungen über die Sprachgrenzen hinaus. Kultur ist ein Bindeglied unseres staatlichen Selbstverständnisses und wird es bei fortschreitender Integration noch mehr werden. Daneben ist die Bedeu-

tung der Kultur als Botschafterin eines Landes immer wichtiger. Eine weltoffene Schweiz kann auf dieses Instrument weder im europäischen noch im aussereuropäischen Gebiet verzichten. Das Bekanntmachen eines Landes erfolgt mehr und mehr über kulturelle Beiträge im Ausland.

Ein weiterer Einwand, der vorgebracht wird: Es wird gesagt, der Kulturartikel sei an den Haaren herbeigezogen, der Bund wolle neue Befugnisse; dieser Kulturartikel sei unnötig, und es sei alles zum besten bestellt.

Die Kommission setzt sich gemäss Postulat Morf genau für eine klare Abgrenzung ein. Hier liegt der Punkt: Wir brauchen diese Abgrenzung; Grauzonen sind etwas, was wir nicht brauchen können.

Ein weiterer Einwand, den man immer wieder hört, betrifft die Finanzen. Es wird gesagt, wir könnten uns einen Kulturförderungsartikel nicht leisten.

Wir schlagen einen Verfassungsartikel mit Kann-Formulierung vor. Im Budget wird jeweils hier im Saal zu entscheiden sein, was wir ausgeben. Der Verfassungsartikel führt nicht direkt zu Mehrausgaben. Wir hier im Saal werden jährlich die Möglichkeit haben, zu bestimmen, was auszugeben ist.

Wenn wir schon bei den Finanzen sind, möchte ich noch auf den volkswirtschaftlichen Aspekt der Kultur hinweisen. Kultur schafft nämlich auch Arbeitsplätze. Ganze Gewerbezweige leben von der Kulturbewahrung, wie z. B. Steinmetze, Schreiner, Bauhandwerker. Jeder zehnte Franken, der in der Schweiz für Umbautätigkeiten ausgegeben wird, betrifft Projekte der Kulturgütererhaltung.

Ganze Industrien leben von Kulturtätigkeiten, zum Beispiel Verlage, Druckereien, das graphische Gewerbe, der Buchhandel. Jeder publizierte Buchtitel löst in der Schweiz – das hat eine Untersuchung gezeigt – für Gewerbe, Handel, Werbung und indirekt für die Maschinenindustrie ein Auftragsvolumen von zwischen 50 000 und 200 000 Franken aus – keine zu vernachlässigende Summe.

Das Wichtigste: Unschätzbar und unmessbar, aber für ein rohstoffarmes Land entscheidend ist die Förderung der Kreativität. Ohne Kreativität keine neuen Ideen. Ohne neue, zündende Ideen ist die rohstoffarme Schweizer Wirtschaft nicht überlebensfähig. Kultur schafft die Rahmenbedingungen für diese notwendige Kreativität.

Im Inland soll das direkte Engagement des Bundes sehr zurückhaltend erfolgen, und der Massstab der gesamtschweizerischen Tragweite soll hoch angesetzt werden, um klar zu dokumentieren, dass der Bund keine eigene Kulturpolitik aufzubauen will. Kantone und Gemeinden müssen ihre Kulturkompetenz weiter voll ausschöpfen können.

Ein spezielles Wort möchte ich noch zu den gesamtschweizerisch tätigen Kulturorganisationen sagen: Zu bedenken ist die Bedeutung dieser gesamtschweizerisch tätigen, nach Sparten gegliederten Kulturorganisationen, welche gerade in organisatorischer Hinsicht dem Bund Aufgaben abnehmen und diese mit minimaler finanzieller Unterstützung auf privatwirtschaftlicher Basis durchführen können. Hier können also geringe Finanzmittel optimal eingesetzt werden.

Wir haben heute morgen bei den Investitionen von einer Hebelwirkung gesprochen. Auch hier haben wir eine Hebelwirkung; auch hier können wir mit relativ wenig Mitteln gesamtschweizerische Aufgaben lösen. Ohne Kulturförderungsartikel ist aber eine solche Förderung organisatorischer, privatwirtschaftlicher Strukturen nicht durchführbar, und diese Strukturen sind gerade für die Verständigung unter unseren vier Kulturen sehr bedeutungsvoll.

Zum Artikel 27septies BV selbst: Der Artikel ist in drei Absätze gegliedert: In Absatz 1 formuliert der neue Verfassungsartikel eine Zielnorm, die sich an Bund und Kantone richtet und als Aufgabe nicht nur die Kulturwahrung und die Förderung des Kulturschaffens nennt, sondern auch die Stärkung des Verständnisses für die gemeinsamen kulturellen Werte.

Die Kommission hat noch einen Zusatz eingefügt; der Grundsatz der Subsidiarität wurde noch einmal genannt, weil die Kommission der Ansicht ist, dass dies der zentrale Punkt des Kulturförderungsartikels ist.

In Absatz 2 wird die Kompetenznorm definiert und das Engagement des Bundes umschrieben, wobei nochmals auf die

Subsidiarität hingewiesen wird, weil die Kantone, Gemeinden und Private als Hauptträger der Kulturförderung genannt werden.

In Absatz 3 schliesslich wird dem Bund die Möglichkeit gegeben, nach dem Prinzip der Komplementarität eigene Vorkehrungen zu treffen und die Kulturförderung der anderen Instanzen gezielt zu ergänzen. Der Grundsatz der Subsidiarität wird dadurch gewahrt, dass diese ergänzende und nicht blass unterstützende Bundestätigkeit schwerpunktmässig in einzelnen bestimmten Formen und Bereichen erfolgen soll. Hier wird vor allem an die Unterstützung der Stiftung Pro Helvetia, an den Betrieb von Landesmuseum und Landesbibliothek oder an die Unterstützung der Volksbibliothek gedacht.

Zum Abschluss noch einige Worte zur Situation nach der EWR-Abstimmung vom 6. Dezember 1992: Der Kulturförderungsartikel kann und muss einen wesentlichen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis, zum Bau von zusätzlichen Brücken bilden. Die Identität unseres Landes in seiner Vielfalt, das gegenseitige Kennenlernen, Auseinandersetzen, aber auch Geniessen der Kulturen sind entscheidend. Nicht Einheitsbrei, sondern facettenreiches kulturelles Verständnis ist gefragt.

Es wurde in den letzten Monaten viel von Gräben gesprochen. Wir hier im Saal haben Verantwortung zu tragen; die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben Verantwortung zu tragen. Die heutige Vorlage bietet Chancen zu helfen, aus Gräben Brücken zu machen, «Röstibrücken», Stadt-Land-Brücken, Brücken zwischen Alt und Jung, indem wir uns besser verstehen, indem wir uns miteinander auseinandersetzen, uns mit unserer Identität in der Vielfalt befassen, sie erfassen, ausbauen und damit helfen, unsere Zukunft sicherzustellen.

Brücken lassen sich mit kulturellen Mitteln besser bauen. Kultur bietet Grundbausteine, die halten. Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr, helfen Sie mit einem klaren Ja mit, der Kultur der Seele, die notwendig ist – für sie, für die sich das Leben lohnt –, durch eine Verankerung in der Bundesverfassung eine bessere Ausgangslage zu sichern.

Stimmen Sie dem föderalistisch ausgewogenen neuen Kulturförderungsartikel zu. Wir brauchen ihn heute mehr denn je. Er kann zur Förderung der Willensnation Schweiz, zum gegenseitigen Verständnis mit beitragen, und er hilft, die ungeschriebenen Kompetenzen und Aufgabenzuweisungen, die immer wieder zu Diskussionen führen, auszumerzen und zu verbessern, klaren Kompetenzstrukturen umzuwandeln.

Die Kommission empfiehlt Ihnen mit 18 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung Eintreten auf die Vorlage. Die Kultur der Seele verdient es, in die schweizerische Bundesverfassung aufgenommen zu werden.

Béguelin, Berichterstatter: Der Kommissionspräsident hat gesagt, wie sehr er die lateinischen Kulturen schätzt. Als Berichterstatter französischer Zunge möchte ich es meinerseits nicht unterlassen, meiner Hochschätzung für die Kultur von Goethe, Beethoven, Dürrenmatt, Frisch usw. Ausdruck zu geben. L'idée d'un article constitutionnel sur la culture se discute depuis des années. Il y a eu le rapport Clottu en 1975, puis l'initiative populaire en faveur de la culture, prévoyant entre autres l'affectation de 1 pour cent des dépenses fédérales à cet objectif. Le Conseil fédéral avait établi un contre-projet plus réservé, insistant sur la compétence subsidiaire de la Confédération. En 1986, le peuple et les cantons ont rejeté les deux textes, initiative et contre-projet. Les analyses du résultat arrivent à la conclusion que si la possibilité du double oui avait été possible à l'époque, une majorité aurait souhaité un article constitutionnel.

Où en sommes-nous aujourd'hui? Sur la base des chiffres de 1989, les dépenses publiques en faveur de la culture s'élevaient en gros à 1,5 milliard de francs, Confédération plus cantons plus communes. 53 pour cent de ce montant sont à la charge des communes, 38 pour cent sont supportés par les cantons et 9 pour cent par la Confédération; à noter le rôle joué par les grandes villes en tant que centres régionaux culturels. Les villes de Genève, Bâle, Zurich, Lausanne et Berne assument à elles seules presque le 50 pour cent des dépenses publiques consacrées à la culture. Aux dépenses publiques, il convient d'ajouter les contributions privées. Celles-ci sont

fournies à raison d'environ 60 millions de francs par année par les fondations, alors que l'économie privée, par l'intermédiaire des entreprises, apporte une somme annuelle de l'ordre de 250 à 300 millions. Ainsi, en gros, sur 6 francs consacrés à la culture, 1 franc provient des milieux privés.

Quelques faits qu'il faut connaître: la Confédération assume depuis des années des tâches culturelles, par exemple en matière de cinéma, de protection de la nature et du paysage et d'échanges culturels avec l'étranger. D'ailleurs, l'Office fédéral de la culture existe et ses tâches sont en autres la supervision du Musée national suisse et de la Bibliothèque nationale suisse. De plus, la division Encouragement à la culture a une section qui s'occupe des arts, de la conservation des monuments historiques et de la protection du patrimoine culturel. Mais le théâtre, la littérature, la musique, la danse, la culture populaire, ainsi que les formes nouvelles de culture ne bénéficient d'aucun soutien fédéral.

La fondation Pro Helvetia peut agir certes, mais seulement de manière ponctuelle, sans continuité, en fonction des décisions budgétaires du Parlement. Ainsi, aujourd'hui, le fait est clair: la Confédération exerce ses activités culturelles générales en se fondant sur une compétence constitutionnelle non écrite, une compétence tacite, par «la force des choses». Seulement, cette compétence tacite n'est pas compatible avec une claire répartition des compétences entre cantons et Confédération. De plus, les bases actuelles sont confuses, incohérentes. Une compétence expresse et générale autorisant la Confédération est hautement souhaitable.

La procédure de consultation, qu'a-t-elle donné? Le programme de législature 1987–1991 prévoyait de soumettre au Parlement, vers la fin de la législature, un nouveau projet d'article constitutionnel. La procédure de consultation a commencé en décembre 1990, pour se terminer le 31 mai 1991. Une grande majorité des 152 réponses sont positives. Personne ou presque ne conteste la nécessité de créer un tel article. Il a été tenu compte des critiques émises, dans toute la mesure du possible, sur la cohérence de l'ensemble. A noter que plusieurs grandes villes et quelques cantons auraient souhaité que la Confédération puisse soutenir directement les communes ayant fonction de centre régional. Le Conseil fédéral n'a pas été d'accord d'aller jusque-là. Il pense que l'article proposé permet d'agir dans ce sens à titre subsidiaire.

A noter un aspect révélé par la procédure de consultation: les communes se montrent particulièrement soucieuses de la sécurité sociale des créatrices et des créateurs et estiment qu'il incombe à la Confédération d'agir pour l'améliorer. Enfin, beaucoup d'organisations et de collectivités consultées regrettent que la part faite à la troisième composante d'une politique culturelle logique après la sauvegarde et la création, c'est-à-dire l'accès à la culture, n'ait pas été mieux prise en compte.

Au sein de la commission, le débat de fond a porté sur le choix du moment de la discussion. Est-ce trop près de la décision populaire de 1986, ou au contraire suffisamment loin? Le débat a porté également sur la composante financière, ou plutôt sur la non-composante financière, rien de concret n'étant prévu à ce titre dans l'article constitutionnel. Evidemment, l'essentiel du débat s'est déroulé à propos du principe de subsidiarité entre les cantonalistes convaincus et les partisans d'une compétence large de l'Etat central.

Il faut relever un aspect important: le débat sur la place d'une politique culturelle étatique au moment même où le pays vit une crise d'identité intense, au moment où le fossé s'élargit entre la Suisse romande et la Suisse allemande. La plupart des observateurs relèvent que ce fossé est d'abord d'ordre culturel. Dans quelle mesure une meilleure connaissance des deux cultures, une recherche des synergies possibles et des complémentarités contribuerait-elles à réduire le fossé? Je pose la question à titre personnel, sans pouvoir répondre de manière nette, mais il me semble que quelque chose doit être fait pour rapprocher les deux cultures. C'est sans doute l'effort des citoyens, des communes et des cantons, mais on ne me fera jamais croire que la Confédération n'a pas un rôle à jouer en la matière.

Pour conclure, je dirai encore quelques mots sur la notion de

culture au niveau international. A l'évidence, avec l'évolution des médias électroniques en particulier, la culture s'est internationalisée. Par définition, les frontières nationales n'ont pas de sens en matière culturelle. Seuls comptent la liberté de la création, de la découverte, le choc des idées. Ainsi, les relations culturelles avec l'étranger sont l'expression et la manifestation vers l'extérieur de l'identité nationale à travers ces diversités. Avec les bouleversements culturels que vit maintenant l'Europe, et en particulier l'Europe de l'Est, la présence de la Suisse doit être renforcée. C'est évidemment en priorité la tâche de la Confédération.

Votre commission estime qu'un article constitutionnel sur la culture est non seulement nécessaire, mais indispensable. Elle a accepté l'entrée en matière par 18 voix contre 1 et avec 1 abstention.

Mme Sandoz: Il n'est pas agréable pour un professeur d'université de prendre la parole contre un article sur la culture. Mais, il y a un moment où il faut savoir dépasser l'incantation verbale du mot culture pour voir le message politique de l'article qui nous est proposé.

On pourrait s'opposer à cet article 27septies en invoquant d'abord le pavillon de Séville. Après tout, comme le répondait fort bien le Conseil fédéral à la question ordinaire urgente Moser, du 1er juin 1992, «toute la thématique du pavillon devait se concentrer sur la culture». Résultat – c'était donc une culture suisse: la Suisse n'existe pas! Le pavillon a été abondamment critiqué et extraordinairement onéreux. Mais je ne tirerai pas argument de ce pavillon de Séville contre l'article 27septies, parce qu'au fond que vous acceptiez ou que vous refusiez l'article 27septies, ça ne changera rien à la compétence de la Confédération. Si vous lisez, en effet, le dernier commentaire de la Constitution fédérale, vous voyez à l'article 8 chiffre 34 qu'il est précisé qu'en matière de relations culturelles internationales, la Confédération a toute compétence pour prendre les mesures nécessaires. Par conséquent, nous pouvons évacuer cette préoccupation.

En réalité, que concerne l'article 27septies? Si nous sommes réalistes, nous sommes obligés de constater qu'un certain nombre d'associations culturelles – et nous avons reçu une ou des lettres ces derniers temps – souhaitent une base constitutionnelle aux prestations financières de la Confédération. C'est exactement ce que suggère la proposition que j'ai faite dans l'hypothèse où vous entreriez en matière. En réalité, que propose l'article 27septies? Rien à voir avec la culture! Rien à voir avec ce que souhaitent ces organisations! Je vous invite à prendre le message. Vous pourriez jeter un coup d'œil aux pages 9, 10, 37, 25, et vous y verriez notamment ce qui suit. Vous verriez que la Confédération a besoin d'un article de portée générale exprès pour avoir une compétence générale en matière de culture. Vous verriez qu'elle a besoin de cet article pour acquérir une compétence dans de nombreux nouveaux domaines. Et si vous prenez le chapitre 233 chiffres 1 à 11 du message, vous verrez 11 nouveaux domaines auxquels la Confédération prétend avoir accès grâce à l'article 27septies. Je dirai tout de suite que le chiffre 11 ne nous intéresse pas puisque j'ai déjà dit qu'il était faux, qu'il concerne la compétence internationale, que tout le monde a déjà reconnue à la Confédération, et que vous avez appliquée à maintes reprises, d'ailleurs, dans cet hémicycle.

Je reviens à la compétence que l'article conférerait à la Confédération. Prenez la page 37 du message, vous verrez précisément que la Confédération doit, grâce à cet article, pouvoir intervenir toutes les fois qu'un besoin existe. Ah! voilà qui est évidemment encourageant! Et puis, revenez à la page 25 et vous y verrez que la Confédération, par cet article, ne marque que la première étape d'un processus vers l'acquisition d'un nombre de compétences qui permettra de réexaminer le partage des compétences et d'acquérir, précisément, des possibilités d'intervention dans de nombreux nouveaux domaines. Jamais, nous n'aurons conféré à la Confédération un pouvoir aussi étendu que par cet article.

Mais alors, sur le plan pratique, quelles seraient les conséquences de cet article mammouth? J'en retiendrai trois, si vous permettez.

Vous trouvez la première aux pages 45 et 46, sauf erreur: création d'un nombre incroyable de commissions! On nous dit bien qu'il faudra créer une commission dans chacun des nouveaux domaines où la Confédération acquerra une compétence. Cela en ferait 10 ou 11. Et puis, on précise à la page suivante qu'il faudra évidemment créer des commissions spécialisées dans les domaines où la Confédération a déjà fait quelque chose pour tirer des conséquences et chercher une meilleure actualisation et rationalisation. Encore des commissions! Et ne pensez pas que vous aurez la main sur ces commissions, pas du tout! Vous savez très bien que l'article 104 de la Constitution fédérale permet à la Confédération de désigner des experts. Et puis après quelques années, on vous propose d'institutionnaliser la commission dans une loi et comme personne ne renonce à un fromage, il est assez rare que nous obtenions la suppression d'une commission, même inutile.

Autre conséquence pratique. Regardez à la page 53, vous verrez qu'il y aura à légiférer, légiférer dans tous les nouveaux domaines dans lesquels la Confédération aura des compétences, domaines, je vous le rappelle – voyez toujours les chapitres 233 et suivants – tels que la fiscalité, les assurances sociales, les activités de jeunesse, la formation continue des adultes, domaines normalement de la compétence des cantons. Et ne croyez pas que la subsidiarité dont on nous rebat un peu les oreilles avec enthousiasme servira à quelque chose. Pas du tout! parce que tel qu'il est formulé, l'article permettra à la Confédération, au nom de la subsidiarité, d'imposer quelque chose aux cantons parce que ce sera mieux réglé par elle qui est compétente que par eux qui le seraient aussi, mais moins bien. Nous aurons perdu définitivement la main sur ces compétences et sur d'autres.

Enfin, dernière conséquence pratique, regardez peut-être la page 54, la conséquence financière. On nous dit bien qu'on ne peut pas du tout établir à l'avance les conséquences financières de cet article.

Alors, au moment où la Confédération n'est pas capable d'accomplir les tâches qui sont déjà les siennes – elle n'en est pas capable, elle n'en a d'ailleurs pas les moyens: je pense aux routes, (et je vous rappelle qu'en général ce sont les Romands qui ont fait les frais de l'insuffisance de moyens), je pense à la construction de «Rail 2000», je pense à la construction des lignes ferroviaires transalpines, je pense à toute une série d'activités importantes où la Confédération n'a pas les moyens –, nous voudrions demander au peuple, alors que pour tous ces domaines la Confédération a la compétence, mais pas les moyens, qu'une fois de plus il lui donne une compétence. C'est à l'envers de tout sens de la responsabilité!

Et puis, et c'est ma dernière remarque, vous avez peut-être constaté aussi une certaine tendance mégalomane, en ce moment, de la Confédération à vouloir coordonner des activités culturelles ou universitaires. Il y a actuellement une démarche contre laquelle les universités essaient de résister, et les universités romandes en particulier. Cet article-là, qu'on nous propose, est la consécration de cette forme de mégalomanie dont, malheureusement, les Romands sont quelquefois ceux qui souffrent le plus en fin de compte.

Au nom du respect de la culture, au nom du respect d'une culture qui doit être d'abord la culture du peuple dans les cantons et dans les communes, je vous demande de refuser d'entrer en matière sur cet article, tel qu'il est défini dans le message dont les auteurs sont, je crois, connus.

Frau Robert: Die grüne Fraktion begrüßt den vorliegenden Kulturstatut einhellig. Eigentlich müsste man ja nicht begründen, dass Kultur in die Bundesverfassung gehört; es müsste eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn wir schon den Absinth in der Bundesverfassung haben, können wir sicher auch die Kultur aufnehmen. Kultur ist ein Grundbedürfnis des Menschen und jeder menschlichen Gemeinschaft – im Gegensatz zum Absinth –, und sie ist uns zum Leben so nötig wie die Luft. Der Kultur gebührt eindeutig Verfassungsrang; ich kenne kein europäisches Land, wo die Kultur nicht in der Verfassung verankert ist.

1986 – es wurde gesagt – ist der letzte Versuch, die Kultur in der Verfassung zu verankern, nicht am Volksmehr gescheitert,

sondern an der Unmöglichkeit, zweimal ja zu sagen. Man konnte nicht zur Kultur-Initiative und zum Gegenvorschlag ja sagen, aber insgesamt hat eine Mehrheit der Bevölkerung 1986 für einen Kulturstatut in der Verfassung gestimmt.

In den sieben Jahren, die seither verflossen sind, ist der Stellenwert der Kultur im öffentlichen Bewusstsein noch wesentlich höher geworden. Das Nationale Forschungsprogramm 21, das sich mit der kulturellen Vielfalt und der nationalen Identität auseinandersetzt, zeigt, wie die Bevölkerung für die Kultur sensibilisiert ist; sensibilisiert durch veränderte Umstände in unserer Gesellschaft, nicht zuletzt dadurch, dass unsere Gesellschaft immer mehr zu einer Freizeitgesellschaft wird. Wenn diese Entwicklung nicht destruktiv werden soll, braucht die Gesellschaft sinnvolle kulturelle Möglichkeiten; sensibilisiert durch den raschen Wandel in der Gesellschaft und der Arbeitswelt, aber auch der Wertvorstellungen, was zu Orientierungsschwierigkeiten führt.

Unsere Gesellschaft ist darum auf Erwachsenenbildung im weitesten Sinne, auf Möglichkeiten, sich ein Leben lang mit kulturellen Fragen, mit Orientierungsfragen in unserer Gesellschaft auseinanderzusetzen, angewiesen. Kultur kann Orientierung und Sinn stiften helfen, und zwar für das Individuum und die Gemeinschaft. Wir erleben heute den Zerfall vieler Gemeinschaften. Kultur verbindet: Sie verbindet Menschen; sie verbindet Gruppen; sie verbindet Regionen.

Wir erleben zurzeit Rezession, Arbeitslosigkeit, und je schwieriger die Zeiten sind, um so notwendiger ist die Kultur; sie ist uns in solchen Zeiten so notwendig wie das Brot. Sie ist kein Luxus für bessere Tage und kein Luxus für eine Elite, sondern sie gehört zu den ganz zentralen Bedürfnissen jeder Gesellschaft, und sie kann mithelfen, den sozialen Frieden zu bewahren.

All das ist aber eine Gemeinschaftsaufgabe, und da sind alle vier Partner angesprochen: Private, Gemeinden, Kantone und der Bund. Jeder soll seine spezifischen Aufgaben und seine spezifischen Kompetenzen haben, und man muss sie gemeinsam einbinden.

Die heutige ungeschriebene Kompetenz im Kulturbereich, die der Bund hat, genügt nicht; das wurde schon gesagt. Sie ist punktuell und auch willkürlich. Wir brauchen eine klare Verfassungsgrundlage; ich habe eigentlich kaum Menschen getroffen, die das nicht auch bejaht haben.

Zum vorliegenden Verfassungsartikel: Für uns ist er überzeugend, mit seinen drei Stoßrichtungen des Bewahrens, des Förderns und des Vermittelns. Wir wissen alle, dass Bewahren und Konservieren nicht mehr genügt. Kultur kann man nicht haben, man kann sie nicht irgendwo archivieren, so dass möglichst niemand mehr in ihren Genuss kommt. Wir sind ein Land, das sich durch eine lebendige, vielseitige Kultur auszeichnet, und diese Vielfalt wollen wir auch fördern, stärken und vermitteln.

Der vorgeschlagene Artikel trägt den besonderen Verhältnissen unseres Landes Rechnung: Er ist föderalistisch; er respektiert den Aufbau unseres Staatswesens und die Kompetenzverteilung, wie sie heute besteht. Er beruht auf dem Grundsatz der Subsidiarität, d. h., dass Private die wichtigste Rolle spielen, dann die Gemeinden und Kantone. Er trägt auch der wachsenden Bedeutung der Kultur für unsere gesamt schweizerische Identität und dem Umstand Rechnung, dass sich die Schweiz auch vermehrt gegen aussen darstellen muss, dass der Austausch und die Vermittlung von Kultur nicht nur im Innern immer mehr an Bedeutung zunehmen, sondern auch nach aussen in einer zusammenwachsenden Welt und in einem zusammenwachsenden Europa.

In einer Welt, die sich immer mehr vernetzt, ist es zwingend nötig, dass wir uns besser kennenlernen: uns selber, das macht uns stark; die andern, das lehrt uns Verstehen und Toleranz. Dies geht nicht ohne gemeinsame Arbeit und ohne dass der Bund dafür seine Rolle und Verantwortung übernimmt. Wir wollen den Bund dabei nicht einfach zum finanziellen Handlanger der Kantone degradieren; er muss im bestimmten Rahmen Möglichkeiten haben, aus eigener Initiative zu handeln, wo es im nationalen Interesse ist. Er tut es übrigens schon: Wir haben ein Landesmuseum, wir haben eine Landesbibliothek; auch dafür brauchen wir die klare Grundlage. Darum ist die

grüne Fraktion natürlich gegen den Antrag Sandoz. Es will ja niemand den Kantonen irgend etwas wegnehmen! Sie sprechen hier nicht für die Kantone, Frau Sandoz; die Kantone sind nämlich noch so froh, wenn der Bund ebenfalls seinen Teil der Verantwortung für die Kultur übernimmt.

Wir brauchen eine Verfassungsgrundlage aber auch, weil in schlechteren Zeiten die Verteilkämpfe sehr hart werden, und da zieht immer derjenige den kürzeren, dessen Aufgaben am schlechtesten abgesichert sind. Das trifft auf den Bereich der Kultur zu, und das können wir uns nicht leisten.

Die grüne Fraktion ist auch gegen den Antrag der Minderheit Fehr. Die möchte die weniger begünstigten Bevölkerungsgruppen aus dem Entwurf herausnehmen. Es ist aber eine ganz zentrale Aufgabe des Bundes, eine Ausgleichsfunktion wahrzunehmen, und zwar nicht nur zwischen benachteiligten und privilegierten Regionen, sondern auch zwischen benachteiligten und privilegierten Volksgruppen.

Für uns das Entscheidendste – das möchte ich zum Schluss noch sagen – ist aber, dass wir in einer Zeit zunehmender Migrationsbewegungen leben, in Europa, weltweit, und auch in einer Zeit zunehmender Mobilität im Innern unseres Landes. Je mehr sich Kulturen durchdringen und miteinander leben müssen – wir sind heute auf Gedeih und Verderb eine multikulturelle Gesellschaft; das ist nicht mehr rückgängig zu machen –, desto wichtiger ist es, dass wir lernen, aus diesem Zustand, der Chance und Gefahr sein kann, eben eine Chance zu machen und die Multikulturalität möglichst positiv zu leben. Wir brauchen dazu die Förderung des Bewusstseins für die eigenen kulturellen Werte und die Förderung des Verständnisses anderer Kulturen, wenn wir nicht erleben wollen, dass Unverständnis, Fremdenangst und Fremdenhass überhandnehmen. Die Signale in dieser Richtung sind in der letzten Zeit deutlich genug. Es könnte bald einmal für viele Länder – und für Europa als Ganzes – zur Existenzfrage werden, wie wir lernen, mit der multikulturellen Gesellschaft umzugehen. Für alle sogenannten zivilisierten Völker wird diese Frage brennend, oder sie ist es schon.

Der Zerfall der Ordnung im Osten schafft in dieser Beziehung zusätzliche Probleme. Wir haben auch erkennen müssen, dass der Westen nicht über genügend tragende Werte verfügt, um der Auflösung etwas wirklich Identitätsstiftendes entgegenzusetzen. Der Schriftsteller Rivarol hat im 18. Jahrhundert einmal gesagt: «Die zivilisiertesten Völker sind nicht weiter von der Barbarei entfernt als das glänzendste Eisen vom Rost. Die Völker und die Metalle sind nur an der Oberfläche poliert.» Das gilt wohl heute noch, und wir erleben es in Europa in diesem Jahrhundert zum dritten Mal, wie dünn die Schicht ist, die die Zivilisation von der Barbarei trennt.

Genau da nun brauchen wir die Kultur; denn die Kultur ist nicht nur Oberflächenpolitik für unser Zusammenleben, sondern sie ist so etwas wie der Rostschutz, der in die Tiefe geht und der verhindert, dass dieses Umkippen der Zivilisation in Barbarei so plötzlich möglich wird, wie wir es derzeit wieder erleben. Durch die Kultur, die im Gegensatz zur Zivilisation in die Tiefe wirkt, werden wir als Individuen und in unserem Zusammenleben weniger anfällig.

Die grüne Fraktion stimmt aus allen diesen Gründen dem Kulturförderungsartikel mit ganzer Ueberzeugung zu.

Mühlemann: Ich darf Sie für die freisinnig-demokratische Fraktion zum zweiten Mal bitten, einem Kulturförderungsartikel in der Verfassung zuzustimmen. Das letzte Mal war es im Jahre 1986. Wir haben – wie oft im Staat Schweiz – das erste Mal vergeblich versucht, die Kulturförderung in die Verfassung einzubauen. Der erste Versuch ist an der Uneinigkeit der Künstler und Kunstschaffenden gescheitert, die sich über den richtigen Weg nicht klar waren.

Diesmal scheint es einfacher zu sein, weil nur ein Vorschlag vorliegt, der mehr oder weniger dem ersten entspricht. Er ist durch die Arbeit der nationalrätslichen Kommission etwas verstärkt worden, indem man das Prinzip der Subsidiarität stärker verankert, indem man klarmacht, dass bei uns im Grunde genommen das geistige Leben unten beginnt, auf der untersten Stufe der Politik, in der Gemeinde, und dass alles induktiv aufgebaut ist, von unten nach oben, über den Kanton bis

schliesslich zum Bund. Wir wollen keine eidgenössische Kultur, die von oben herab klar und deutlich macht, was unten an der Basis geschehen sollte.

In der Botschaft ist das schöne Wort von Gonzaque de Reynold zitiert, wo er von der «unité dans la diversité» spricht. Es ist in diesem Zusammenhang ein gefährliches Wort, weil die «diversité» betont werden muss. Es geht uns darum, in einer Zeit ungeheuerer Gleichmacherei die Verschiedenartigkeit unseres Landes zu erhalten und zu fördern. All das, was «unité» sein will, hat zurückzutreten hinter die manchmal sogar chaotische Vielfalt, die auch gegenläufige Bewegungen in sich trägt und in sich Tendenzen und Antitendenzen hat.

Nur dort, wo spannungsgeladene Konflikte vorhanden sind, kann auch Kreativität entstehen, kann ein geistiges Produkt heranwachsen. In diesem Sinn bekennen wir uns mit dem Kulturförderungsartikel auch zu einem Teil zur «Kreativität» – im weitesten Sinn – unseres Landes.

Wir kranken daran, dass wir allzu sehr dem Sichtbaren, Materialen, Berechenbaren verhaftet sind, dass wir das Traumhafte, das Irrationale, das Unmögliche als zweitrangig betrachten und zu wenig stark fördern. Das wirkt sich in allen Lebensbereichen aus, bis hinein in die Bedeutung der Wirtschaft; auch sie lebt letztlich von der Kreativität, vom Erfindungsgeist, von dem, was die «Hayeks» tun. In einem Land, in dem die Kultur auch eine Rolle spielen darf und eine Bedeutung hat, wird das gefördert.

Die drei Aussagen in der Botschaft sind aussergewöhnlich klar und eindeutig. Es geht erstens einmal darum, die kulturellen Werte in der Bevölkerung zu fördern. Das ist ein Bekenntnis zu einer Kulturgesellschaft, die kontrapunktartig die Informationsgesellschaft unserer Zeit ergänzt. Wir werden – ob wir wollen oder nicht – durch Computertechnologie, Telekommunikation und Videotechnik beherrscht.

Wir haben – ungern, das gebe ich zu – diesen neuen Tafeln im Parlament zugestimmt, die elektronische Abstimmungsmodalitäten erlauben. Ich gebe ehrlich zu, ich habe zugestimmt, weil ich das hier an der kleinen Tribünenwand für weniger schlimm halte als das, was eine nächste Generation über dem schönen Mythen-Wandbild anbringen wird. Das Bekenntnis zur Kulturgesellschaft ist auch ein klares Bekenntnis zur Ergänzung technoider Dominanz und gleichzeitig zu einer Einschränkung der technischen Welt. Ich glaube, dass diese Werthaltung Bedeutung hat.

Die zweite Aussage in der Botschaft zeigt klar und deutlich, dass der Staat – die Eidgenossenschaft – Kantone und Gemeinden, aber auch Private bei der Kulturförderung unterstützen kann. Frau Sandoz, es ist ein Kann-Artikel: Das heisst, dass wir überall dort, wo Kantone, Gemeinden oder Private überfordert sind, vielleicht helfen können. Es war schon oft so, dass bei gewissen Projekten die private Seite das Startkapital gab, und die Betriebskosten mussten dann durch die öffentliche Hand getragen werden. Wenn zufällig einmal der Bund etwas dazu beitragen kann, ist das, Frau Sandoz, nicht verboten, sondern erwünscht.

Ich erinnere Sie daran, dass wir in einer Zeit leben, in der die schweizerische Theaterszene bedroht ist. Wenn in der Bundesstadt bis gegen ein Drittel der Subventionen gekürzt werden, ist das eine Doktor-Eisenbart-Methode, die sehr gefährlich ist. Wenn in der Kulturstadt Basel sogar ein Teil des Sprechtheaters in Frage gestellt wird, wenn man in Chur das Stadttheater schliesst – ein Theater, in dem immerhin die «Antigone» von Brecht uraufgeführt worden ist –, frage ich mich, was der Bund hier tun muss.

Ich bin nur bereit, einem Kulturförderungsartikel im Sinne einer Sprachenunterstützung im Bündnerland zuzustimmen, wenn die Bündner auch bereit sind, ihr Theater zu erhalten. Unser Nationaltheater «Wilhelm Tell» wurde in Weimar uraufgeführt. Diese ehemals ostdeutsche Landschaft hat grösste materielle Schwierigkeiten – aber beachten Sie, wie diese Menschen ihr Theater nicht untergehen lassen, auch in der grössten Not nicht. Hier muss der Bund vielleicht in der Bundesstadt etwas beitragen, wenn es anders nicht mehr gelingt, die Theaterszene zu erhalten.

Das dritte und letzte Anliegen ist die eigenständige Aktivität des Bundes. Das haben auch Frau Sandoz und sogar ihr Frak-

tionskollege Jean Cavadini begriffen, der vor sechs Jahren noch zu den energischsten Gegnern des Kulturartikels gehörte: Ein Kanton kann keine kulturelle Aussenpolitik betreiben. Wir haben im Ausland auch unsere Kultur als Botschaft zu zeigen. Das kann weder der Kanton Neuenburg noch der Kanton Zürich, noch der Kanton Tessin tun.

Der Bund muss hier eine Chance haben, mit einer Aufgabe, die er selbst wahrnehmen kann. Es kommt dazu, dass wir heute sehr komplexe Aufgaben haben; Aufgaben, bei denen Gemeinden, Kantone oder Private sehr oft sagen, sie würden nur mitmachen, wenn der Bund sich auch engagiere.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Das in Planung begriffene Begegnungszentrum «Friedrich Dürrenmatt» in Neuenburg soll nicht ein literarisches Denkmal, sondern eine echte, lebendige Begegnungsstätte an der Grenze zwischen Westschweiz und Deutschschweiz werden. Das ist ein Problem, das wir nur mit dem Bund, mit den Gemeinden, mit der Stadt Neuenburg und mit den Privaten lösen. Ich glaube, dass diese verfassungsmässige Grundlage notwendig ist.

Viele erklären hinter vorgehaltener Hand, Herr Bundesrat Cotti komme ausgerechnet in einer Zeit der finanziellen Misere mit einem solchen Artikel: Dieser Artikel liegt immer falsch für diejenigen, die in banausenhafter materialistischer Anwandlung alles Geld zurückhalten wollen, obwohl sie eine bescheidene Starthilfe geben könnten. Es geht nicht um Ausgaben, sondern um Investitionen in geistige Güter. Es ist eine Langzeitinvestition, die wir brauchen, um in unserem Land neben vielen materiellen Problemen auch hie und da geistige Lichter zu zeigen. Ich darf Sie dabei an das schöne Wort von Matthias Claudius erinnern, welches auch hier gilt: «Pflege deinen Leib, aber nicht so, als ob er deine Seele wäre.»

M. Tschopp: Grâce à l'ancrage du principe de la subsidiarité dans la nouvelle mouture de l'article constitutionnel sur l'encouragement de la culture, indispensable depuis des décennies, cette introduction est devenue politiquement acceptable. Je regrette qu'une juriste aussi distinguée que M^e Sandoz ne veuille pas le comprendre, elle doit évoluer dans une autre galaxie!

Mon expérience personnelle, Madame, qui relève de l'enseignement tout comme la vôtre, mais qui comporte aussi une touche exotique avec ma récente présidence à la Commission fédérale du cinéma, m'a convaincu d'un certain nombre de choses que j'ai à cœur de rappeler brièvement ici.

Il est vrai que la culture a autant de facettes que celles que des individus doués des traditions locales sont à même de lui donner, mais la culture a aussi besoin de conditions-cadres, qui peuvent être locales ou cantonales, mais qui doivent aussi obligatoirement être confédérales et internationales. Les cantons et les communes, songez aux villes, font un travail d'osmose considérable dans la création culturelle et doivent y rester souverains. Mais ils ne peuvent pas évoluer, notamment dans le contexte fédéral et international, sans le concours de la Confédération, et dès qu'il y a aide de la Confédération la loi impose de la fonder sur une base constitutionnelle.

La Suisse dans son ensemble représente une mosaïque culturelle, encore faut-il qu'on puisse la lire. Cette mosaïque doit être perçue de l'intérieur, et vous savez bien qu'elle ne l'est plus. Songez aux difficultés que nous avons eues à lire la mosaïque du septième centenaire, difficilement fêté, sans enthousiasme. Songez au psychodrame que notre époque post-6 décembre a déclenché autour des lamentations du «Röstigraben», autre illustration. En outre, sur le plan extérieur, la Suisse est toujours perçue faussement comme un lieu privilégié de culture folklorique. Ce cliché se maintient, malgré une densité d'artistes, d'écrivains, de musiciens et, très généralement, de créateurs qui nous placent en haut du palmarès mondial. Il en va de même d'ailleurs de nos institutions culturelles. Mais voilà, notre marketing est insuffisant, et que voulez-vous y faire, Madame, que veulent faire les adversaires de cet article sur la culture pour que nous nous épanouissions mieux dans notre culture aux yeux du monde?

Nous avons de tout dans notre constitution, de l'évocation du Seigneur aux boutons de culotte, la TVA depuis hier, tout cela remplit des pages, et pas un mot sur la culture. C'est bizarre!

Cela nous singularise, mais n'est pas à notre honneur. Introduction cet article, car, en fin de compte, la politique c'est l'art de rendre possible ce qui est devenu indispensable. Notre art à nous veut qu'on le fasse avec vingt ans de retard. Faisons-le avec vingt ans de retard et pas avec un siècle!

M. Scheurer Rémy: Le groupe libéral est partagé à propos de l'introduction d'un article constitutionnel sur l'encouragement de la culture. Sa moitié féminine y est hostile, sa moitié masculine poussera l'enthousiasme jusqu'à l'abstention en tout cas, voire jusqu'à l'acceptation de l'entrée en matière.

Contre cet article, il y a bien sûr les nouveaux développements des compétences de l'Etat. Le «moins d'Etat» préconisé par nos amis radicaux est un bon principe et l'adage du baron Louis, «Bien gouverner, c'est d'abord contenir l'Etat», conserve toute sa pertinence. Tout cela est plus vrai encore lorsque l'Etat s'apprête à se faire donner des prérogatives dans le domaine de l'esprit en empruntant les chemins de la culture. N'oublions pas que l'Etat, même démocratique, est par nature guetté par le danger d'insinuer une idéologie ou de dissimuler une propagande sous le manteau de la culture. N'oublions pas le sarcasme adressé par Nietzsche à Bismarck après le fameux discours qui déclencha le Kulturkampf, «Phénomène nouveau, l'Etat comme étoile pour guider la culture». Bien sûr, le phénomène n'est plus nouveau aujourd'hui, et depuis que la Prusse du chancelier Bismarck a étendu la main de l'Etat sur la culture, beaucoup d'Etats en ont fait de même, avec des failles d'ensemble et des réussites d'occasion. Le phénomène n'est plus nouveau, mais il reste toujours inquiétant pour la liberté de l'esprit que l'Etat puisse être l'étoile polaire de la culture. L'esprit et la culture sont, au sens étymologique, anarchiques ou ils ne sont pas.

Nous savons bien que notre Etat, patiemment administratif, ne présente pas pour la culture les dangers violents d'un Etat totalitaire ou seulement fort. Mais parce qu'il est l'Etat et qu'il est animé de bons sentiments, il est déjà, et en permanence, dangereux pour la pleine liberté de la culture. Il n'est pas exclu d'imaginer que la Confédération bien intentionnée fasse, par exemple, monter en ligne des orchestres, des écrivains et leurs traducteurs, des artistes nombreux et divers pour jeter des ponts entre les régions linguistiques du pays et pour combler un «Röstigraben» dont la largeur et la profondeur ont été bien exagérées à notre sens. Ce faisant, elle croirait faire œuvre culturelle parce qu'elle donnerait des moyens d'existence à des créateurs et à des interprètes. En réalité, la Confédération accomplirait un dessein politique, certes louable comme tel, mais un dessein politique pas nécessairement utile à la liberté de la création. M. Loeb François et d'autres personnes, par leurs propos, viennent déjà de nous donner raison sur ce point.

Que l'on nous comprenne bien: notre crainte majeure devant ce projet n'est pas celle d'une culture fédérale, résultant de l'entropie de la diversité de nos cultures italienne, germanique et française. Notre crainte majeure est dans la contamination des œuvres de l'esprit par des arrière-pensées politiques, furent-elles louables; et elles le seraient à coup sûr.

Cela dit, nous savons aussi que l'on peut commettre des erreurs en allant jusqu'aux dernières conclusions logiques d'une idée juste. C'est pourquoi l'introduction du principe de subsidiarité dans le projet d'article constitutionnel nous permet d'ouvrir une brèche dans notre position fondamentale. Une étude de M. Jean-Philippe Chenaux, «La subsidiarité et ses avatars», montre la diversité des acceptations de ce mot récemment mis à la mode. Il est évident que ce terme doit être pris au sens qui découle de l'article 3 de notre constitution, qui réserve aux cantons tout ce qui n'est pas expressément délégué à la Confédération. Et puisque, Monsieur le Conseiller fédéral, j'ai cité tout à l'heure le Kulturkampf, je me rapprocherai de vous en citant maintenant le «Catéchisme» de l'Eglise catholique: selon le principe de subsidiarité, ni l'Etat ni aucune société plus vaste ne doivent se substituer à l'initiative et à la responsabilité des personnes et des corps intermédiaires. Sur ce point, nous sommes parfaitement d'accord.

Une autre raison d'accepter le principe d'un article constitutionnel sur l'encouragement de la culture est que cela nous

donne l'occasion de sortir de la notion floue de la compétence constitutionnelle non écrite, notion floue et erronée, car l'article 3 de la constitution ne nous semble pas laisser tant de champ de manœuvre à l'inexprimé et au non-dit.

Pratiquement, reconnaissions-le, ce qui est attendu de la Confédération, ce ne sont pas tant des initiatives en matière culturelle, en matière d'oeuvres d'esprit, ce qui est attendu d'elle maintenant et plus encore quand elle reviendra à meilleure fortune, ce sont des subsides, et il est vrai que nous avons en Suisse des besoins dans la sauvegarde du patrimoine, dans la création, dans l'interprétation et dans la diffusion des œuvres de l'esprit; des besoins qui dépassent les moyens des personnes, des communautés et des institutions qui, traditionnellement, soutiennent les activités culturelles. Mais aujourd'hui, de toute évidence, la Confédération n'a pas non plus les moyens d'un accroissement des subsides aux activités de l'esprit. Nous nous livrons maintenant à un exercice sans véritable consistance et nous ne pouvons engendrer que de faux espoirs. Une fois de plus, les promesses n'engageront que ceux qui les entendent.

On pourrait, à bon droit, prétendre qu'avant de solliciter la Confédération il faudrait faire jouer des solidarités régionales et intercantoniales. Nous avons tous des exemples d'orchestres, de théâtres ou autres qui sont à la charge financière de communes, principalement, quelquefois d'un canton, alors que ce sont les habitants d'une région suburbaine ou de plusieurs cantons limitrophes qui bénéficient des concerts et des spectacles. Bien compris, nos principes fédéralistes supposent une solidarité de proximité. Pourtant, même si les progrès attendus étaient réalisés, il n'en resterait pas moins que la Confédération devrait intervenir pour des tâches d'importance nationale et pour la représentation à l'étranger des activités culturelles développées en Suisse.

Quoi qu'il en soit, il serait bon que les interventions hypothétiques et dans un avenir imprévisible en faveur de l'encouragement de la culture passent non pas tant par l'Office fédéral de la culture, mais par le canal de Pro Helvetia. Les personnes ne sont bien sûr pas en cause, mais une fondation comme Pro Helvetia présente moins de risques pour la liberté et pour la diversité de l'esprit qu'un office fédéral. En plus, les choix d'un organisme comme Pro Helvetia seront moins directement exposés à la critique des goûts et des couleurs que ceux d'un office fédéral.

En résumé, le groupe libéral soutient, du fond du cœur, l'encouragement de la culture et, du bout des lèvres, l'article constitutionnel qui le fonde.

M. Duvoisin: Lorsqu'on veut détruire un peuple, on commence par anéantir sa culture. Voyez comment, à Sarajevo, on a commencé par détruire la bibliothèque, l'une des plus importantes d'Europe, et démolir le musée d'art, symbole de l'existence culturelle d'une société multiethnique, libre et digne.

La culture c'est, évidemment, la vie. L'accès à la culture est un droit fondamental. La liberté de s'exprimer par la création artistique est un des fondements – il faut le réaffirmer ici – de notre société démocratique. Pour le groupe socialiste, la culture assume trois rôles essentiels dans notre société.

Tout d'abord, un rôle intellectuel. Elle stimule la réflexion, elle éveille la curiosité, elle autorise la conjecture, elle favorise l'approche critique et originale de notre environnement vital, proche ou lointain, dans l'espace ou dans le temps. Elle ouvre la porte à la découverte, à l'innovation, à l'invention, à la création. Ensuite, un rôle politique – ce que d'aucuns craignent. Elle forge les racines qui nous attachent à nos régions, à notre langue, à notre mode de vie, à notre éthique, à notre code d'existence, elle nous fabrique une personnalité, à la fois unique, individuelle, mais aussi sociale. Elle nous pousse à nous intéresser à l'autre, proche voisin ou lointain habitant de la planète, à apprécier cet apport de l'autre, son message, proche ou différent. Elle nous engage à rechercher les moyens, les règles, les méthodes qui permettront une cohabitation sociale pacifique, riche d'échanges, démocratique et constructive. Elle nous remet en question, constamment, et elle nous invite à l'action. Enfin, un rôle économique. Si, en termes d'emploi, la culture

n'occupe, certes, que peu de personnes, que dire des développements économiques, de la capacité d'innover, d'inventer, de créer, pour un pays comme la Suisse qui n'a, hormis ses superbes paysages, que la force intellectuelle de ses habitants pour asseoir sa prospérité.

Investir dans la culture, dans la création artistique, c'est investir sur l'esprit, c'est créer ce climat de perpétuelle insatisfaction du présent qui nous pousse à imaginer et à fabriquer les outils de notre futur.

Jusqu'ici, la Confédération a fait sa part, limitée, certes, mais significative, dans le domaine des arts et de la culture, dans une perspective bien sûr plutôt conservatrice, mais néanmoins nécessaire. Elle a aussi participé à la création, dans le domaine spécifique du cinéma. Bien que modeste, cet effort doit être salué. Faut-il confier plus de tâches de type culturel à un Etat aux facettes aussi diverses que la Confédération suisse? La culture, l'encouragement à la création artistique ne sont-ils pas fondamentalement, du fait de cette diversité et pour garantir à terme cette richesse, l'apanage des communes et des cantons, selon leurs modalités propres? C'est vrai. Toutefois, il convient – et la plupart des cantons sont d'accord – que la solidarité confédérale joue aussi dans ce domaine. La survie de certains secteurs artistiques est en jeu – je pense, par exemple, aux grands orchestres, à quelques «cathédrales» de l'art que se sont données certaines régions, qui leur font honneur, qui contribuent fortement à leur rayonnement, mais aussi, reconnaissions-le, au rayonnement de la Suisse. Aujourd'hui, ces villes et ces cantons, qui ont consenti les efforts nécessaires, qui contribuent au rayonnement de notre pays et participent indirectement à sa prospérité, sont à bout de souffle et devront procéder à des renoncements déchirants faute d'un coup de pouce fédéral de bon aloi.

Je pense aussi à cette culture qui nous dérange, qui est iconoclaste, qui est déconcertante, qui nous interpelle et qui nous fait remettre en question le conformisme du confort de nos habitudes. Pensons également à ces régions qui ont des difficultés à garantir les moyens nécessaires pour sauvegarder leur identité.

Certes, nous légiférons à long terme. Malgré la situation actuelle des finances fédérales, il faut doter notre pays des instruments juridiques et constitutionnels nécessaires et suffisants, pour conduire à ce partenariat avec les villes et les cantons et pour créer une politique culturelle digne de notre Etat, diverse, active, dense, originale et ouverte. Ce n'est pas, comme le laisse croire Mme Sandoz, un blanc-seing au Conseil fédéral ou à l'administration. Le Parlement reste encore maître de cette politique, puisque le Parlement aura à discuter en temps et lieu de la législation d'application de cet article constitutionnel. Le groupe socialiste soutient l'article tel qu'il est présenté par la commission. Le groupe socialiste, pas plus que la plupart d'entre vous, ne souhaite une culture fédérale, mais il souhaite très fortement une politique culturelle confédérale.

Frau Leemann: Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Unsere Arbeitswelt, unsere Freizeitwelt verändern sich mit all den Neuerungen technologischer Art immer schneller. Das hat natürlich auch auf unsere gesellschaftlichen Beziehungen einen Einfluss. Unser Weltbild, unser Selbstverständnis ändern sich damit. Schneller als zu irgendeiner Zeit können wir heute in Ton und Bild erfahren und miterleben, was überall auf der Welt passiert. Gleichzeitig macht uns das aber auch isolierter und unsicherer, weil die Kommunikation sehr einseitig ist, weil die Flut all dieser Eindrücke so gross ist, dass wir sie nur mit Schwierigkeiten verarbeiten können. Unverbindlichkeit und Beliebigkeit in den Wertvorstellungen sind die Folgen davon, und sie haben bereits ein recht beunruhigendes Mass angenommen.

In dieser Situation ist es sehr wichtig, über Kultur und ihren Stellenwert in unserer Gesellschaft zu sprechen. Für mich ist Kultur all das, was über das absolut Notwendigste unserer physischen Existenz hinausgeht. Kultur ist kein Luxus, sondern Kultur ist das, was uns vom Tier unterscheidet, das, was uns zu Menschen macht, das, was uns zu einer Identität hilft, als Einzelmensch und als ganze Gruppe, als Gemeinschaft.

Eine Identität haben heisst, sich selber bewusst sein, sich selber kennen. Es bedeutet aber auch, sich selber immer wieder in Frage zu stellen und sich im Austausch mit den anderen zu entwickeln. Es kann nie und nimmer heissen, sich vom anderen abzuschliessen.

In einem pluralistischen und mehrsprachigen Land kann diese Identität und kann Kultur nur pluralistisch sein. Sie kann und darf nicht von oben verordnet werden. Ich habe allerdings bei diesem Artikel nicht Angst, dass das passieren könnte, wie Frau Sandoz offenbar befürchtet. Ich glaube, dass der Artikel in der vorliegenden Form solche Befürchtungen sehr wohl zu zerstreuen vermag. Die Subsidiarität ist hier ja ein sehr wesentlicher Begriff, und wir halten diese subsidiäre Unterstützung der Kultur für richtig.

Kultur darf auch nicht gleichgesetzt werden mit – oder missverstanden werden als – Betrieb von einzelnen grösseren Institutionen, Opern, Theatern usw. Das würde einem allzu elitären Kulturverständnis Vorschub leisten. Wir legen deshalb auch sehr grossen Wert auf die Wörter Vielfalt, Verständnis, Kulturvermittlung in diesem Artikel, und ebenso auf die Anliegen «wenig begünstigter Landesteile und Bevölkerungsgruppen». Ich bitte Sie also schon hier, den Minderheitsantrag Fehr abzulehnen.

Es kann ja kein Zweifel bestehen, dass es ausgesprochen nationale kulturelle Aufgaben gibt. Dazu gehören, wie bereits angeführt, der Austausch mit dem Ausland oder der Austausch zwischen den Sprachregionen unseres Landes. Ich denke, dass es auch sinnvoll ist, dass der Bund fördernd und koordinierend dort eingreift, wo die Grösse der Aufgaben heute den kommunalen und sogar den kantonalen Rahmen zu sprengen begonnen hat.

Die wenig begünstigten Landesteile sind sicher diejenigen, die wir historisch als solche erfahren haben – die finanzienschwächeren Bergregionen –; heute sind es aber auch andere: Ich denke an die grossen Städte, die durch ihre Zentrumsfunktion mehr und mehr überfordert sind. Die traditionsreichen grossen Kulturinstitutionen werden da zu immer drückenderen Lasten, und gemessen an ihrer Ausstrahlung, die ja weit über die Gemeinden und zum Teil auch über die Kantongrenzen hinausgeht, ist ein besserer Lastenausgleich durchaus angebracht. Es wäre verheerend, wenn diese grossen Institutionen derart viele Mittel binden würden, dass für die vielen kleinen Organisationen, für experimentierende Gruppen oder für spontane Aktivitäten kultureller Art nichts mehr oder nur sehr wenig übrigbleiben würde. Ich glaube, diese Gefahr ist sehr konkret vorhanden.

Bessere Koordination durch den Bund kann aber auch zu einem effizienteren Mitteleinsatz führen, und das ist zweifellos ein Vorteil. Ich weiss natürlich auch, dass es falsch wäre, heute Hoffnungen zu wecken, die angesichts der Defizite nicht erfüllt werden können. Aber gerade das ist kein Argument gegen diesen Kulturartikel.

Es ist bereits erwähnt worden: Der Spardruck, dem wir heute ausgesetzt sind, wird immer grösser, und der Druck, dort abzubauen und zu sparen, nicht einmal das Bisherige zu wahren, ist natürlich erst recht gross, wenn die Verfassungsgrundlage fehlt.

Wir können Kultur nicht nur in Zeiten des Ueberflusses fördern und sie dann in den schlechten Zeiten fallenlassen. Die Stop-and-go-Politik wirkt sich hier genauso verheerend aus wie in anderen Bereichen. Sie ist letzten Endes viel zu teuer und ineffizient. Das gilt natürlich auch für die privaten Beiträge, die ja erst recht zyklisch entrichtet werden. Der Finanzierungsanteil des Staates ist hier absolut notwendig, um die Kontinuität zu gewährleisten.

Kulturförderung ist also auf allen Ebenen eine sehr wichtige Aufgabe, und ich bitte Sie – wie mein Vorredner – im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, auf die Vorlage einzutreten und sie gutzuheissen.

Frau Grossenbacher: Auch die CVP-Fraktion stellt sich hinter die Verankerung der Kultur in der Verfassung. Dieser Verfassungsartikel sollte vor allem der längst fälligen Abstützung der Kulturförderung dienen, sollte weiterhin den Kantonen und den Gemeinden das Recht lassen, gemäss dem Subsidiari-

tätsprinzip Hauptträger der Kulturförderung zu sein, und dem Bund vermehrte Kompetenzen zur Förderung des kulturellen Lebens in der Schweiz und des kulturellen Austausches mit dem Ausland einräumen.

Wenn Kultur, wie so oft gemeint wird, nur Dessert wäre, nur eine süsse Nachspeise, so müssten wir in der jetzigen Finanzlage, wo überall der Gürtel enger geschnallt werden muss, zu einem Kulturförderungsartikel nein sagen. Kultur ist aber nicht da, um unser Leben zu versüßen, um unseren Alltag zu garnieren. Kultur ist ein Teil unseres Lebens, ein Teil unserer selbst schlechthin, der uns hilft, weiterzukommen und uns auf unserem Weg durch dieses Leben weiterzuentwickeln.

1. Kultur kann man also nicht einfach auf die Kulturschaffenden beschränken. Kultur ist auch nicht einfach Freizeitgestaltung. Kultur ist weit mehr, zum Beispiel die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die uns zu den Wurzeln unserer Gesellschaft zurückführt. Ich denke an das bundeseigene Landesmuseum, an die Landesbibliothek, an das Bundesarchiv, an die Denkmalpflege und vieles mehr.
2. Kultur ist das Kennenlernen anderer Kulturen, um so die eigene Identität besser zu finden. Ich denke da auch an die Unterstützung der Pro Helvetia.

3. Kultur fördert – das ist für mich nach dem EWR-Nein ein wichtiger Grund – die Verständigung zwischen den einzelnen Kulturen unseres Landes. Wir brauchen da mehr Austausch. Wir brauchen einen ausserschulischen Jugendaustausch und vieles mehr. Die Vorschläge werden zurzeit in der nationalrätslichen Verständigungskommission diskutiert, die nach dem EWR-Nein eingesetzt wurde. Wir brauchen aber eine Verfassungsgrundlage zur Verwirklichung dieser Vorschläge. Denn nur Kultur ist fähig, Verständigung zu wecken. Ich denke zum Beispiel an die Filmschaffenden der Romandie der frühen siebziger Jahre: Es waren Männer wie Souter und Tanner, die es verstanden haben, mit ihren Filmen innerhalb der Schweiz und auch über die Landesgrenzen hinaus Verständnis für ihren Lebensbereich zu wecken.

Warum jetzt ein Kulturförderungsartikel? In Zeiten der schlechten wirtschaftlichen Lage wird viel von antizyklischem Verhalten gesprochen. Man verlangt zum Beispiel vom Staat, dass er mit einem Investitionsbonus die Bauwirtschaft ankurbelt. Wir haben letzte Woche 250 Millionen Franken dafür bewilligt. Wir organisieren Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose. Das ist alles richtig, das ist alles gut. Es denkt aber kaum jemand daran, dass wir im Bereich der Kultur auch antizyklisch handeln müssen, und zwar aus gesellschaftspolitischer Sicht und aus finanzieller Notwendigkeit. Denn gerade in Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit zunimmt, in denen Kurzarbeit gang und gäbe ist, ist es so, dass in der Gesellschaft Unruhen entstehen. Das ist ein altes Prinzip; das ist eine alte Weisheit.

Die Brutalität nimmt zu; auf den Schulhöfen bis hin zur Erschiessung von Ehegatten. Wir müssen da Gegensteuer geben. Nicht alle Greuelaten, nicht alle Gehässigkeiten können wir mit dem Kulturförderungsartikel verhindern. Aber wir können doch ein Zeichen setzen, ein Bekenntnis des Staates zur Kultur ablegen. Wo Private und Gemeinden in finanziellen Nöten sind und wo Stop-and-go-Politik betrieben wird, hat der Bund eine Ausgleichsfunktion wahrzunehmen.

Was will die Initiative? Sie will die Kultur und die Kulturförderung – das wurde bereits gesagt –, die ja einen wesentlichen Teil des Staates ausmacht, in der Verfassung verankern. Ohne Verfassungsgrundlage kann der Bund die Aufgaben kaum noch weiterführen, die er im Interesse unseres Landes wahrzunehmen hat. Ich denke an das Landesmuseum mit seinen Annexanstalten, an den Ausbau unserer Landesbibliothek. Hier kann der Bund nicht durch die Kantone ersetzt werden. Weitere Aufgaben warten auf ihn: Sie kennen alle die katastrophale finanzielle Lage des Verkehrsmuseums in Luzern. Der Stiftungsrat steht da vor dem Bankrott. Wir müssen aber alles daransetzen, dieses Institut, das nicht nur für Luzern, sondern für das ganze Land Gültigkeit hat, aufrechtzuerhalten. Ich denke auch an das Kornhaus Burgdorf, das Zentrum für Volksmusik. Diese private Einrichtung ist überfordert. Auch hier könnte der Bund unterstützend helfen.

Der Bund hätte somit nach Annahme des Kulturförderungsar-

titelklaus die Möglichkeit, wo nötig – an diesen Beispielen haben Sie gesehen, wo es nötig ist – zu unterstützen.

Was will der Kulturförderungsartikel aber nicht? Das ist in der Botschaft klar ausgedrückt. Er will keine Staatkultur; kein Kulturmonopol, er will nicht eingreifen. Er will eben unterstützen, wo es nötig ist. Der Bund will auch kein Staatstheater; er will aber die Möglichkeit haben, zum Beispiel den Dachverband der Theaterinteressierten zu unterstützen. Er will zum Beispiel den Theatern in den grossen Städten gute Rahmenbedingungen geben, um ihnen die Fortführung ihres Betriebs zu ermöglichen – etwa dadurch, dass er Aufführungen in anderen Städten organisiert und ermöglicht.

Wir haben auch im Kulturförderungsartikel den Gedanken der doppelten Subsidiarität. Das ist gerade für unsere Fraktion ein guter Grund, diesen Artikel anzunehmen. Hinter diesem Artikel steht klar die Philosophie dieser Subsidiarität. Das heisst, dass der Bund nur unterstützen und koordinieren oder vermitteln soll, wenn dies die Privaten, die Gemeinden oder die Kantone wünschen. Der Bund soll hier ein verlässlicher Partner sein. Dies kann er aber auch nur sein, wenn er die Verfassungsgrundlage hat. Analog zu den heutigen wenigen Gesetzen, die die Kantone zur Kulturförderung haben – in welchen die Kantone zuerst die Gemeinden machen lassen und dann erst eingreifen –, soll der Bund auch hier subsidiär wirken können.

Kultur war in unserem Land schon immer eine föderalistische Kultur. Subsidiarität verteidigt weiterhin diese föderalistische Kultur. Zahlen unterstreichen dies. Die Ausgaben der Gemeinden für die Kultur betragen fast eine halbe Milliarde Franken. In den Kantonen ist der Betrag 310 Millionen, und der Bund gibt 121 Millionen aus. Kulturförderung – das sehen Sie daraus – ist nicht Eliteförderung; wir betreiben in der Schweiz eine bürgernahe Kulturförderung. Zum Beispiel zählt der Schweizer Musikrat 50 000 Mitglieder; ein guter und grosser Teil davon sind Jodler und Jodlerinnen, Trommler und Trommlerinnen und Blasmusikgesellschaften.

Es wurde heute von Kollege Mühlmann gesagt, dass Kultur auch eine Investition in geistige Güter sei. Das ist sehr gut und sehr schön. Aber ich möchte all jenen antworten, die sagen: «Für die Kultur haben wir kein Geld», dass die Kultur auch eine wirtschaftliche Seite hat. Kulturförderung bedeutet deshalb für den Bund nicht nur geben, sondern heisst auch nehmen. Der Staat gibt nicht nur Geldmittel in Form von Subventionen und Defizitgarantien; er erhält auch Mittel zurück, zum Beispiel bei der Quellen- und Billettsteuer, bei den Transportausgaben der Besucher von kulturellen Veranstaltungen.

Die Kultur kurbelt die Wirtschaft an; verschiedene Wirtschaftszweige profitieren ebenso von kulturellen Aktivitäten. Ich denke da an die Hotellerie, an das Gastgewerbe, das Verkehrswesen und an die Aufträge der Kulturveranstalter an verschiedene Branchen der Privatwirtschaft. Zudem weiss man, dass die Bautätigkeit an denkmalpflegerischen Bauten 1989 rund 2,5 Prozent der gesamtschweizerischen Bautätigkeit ausmachte.

Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen die CVP-Fraktion, den Kulturförderungsartikel, wie er vorliegt, anzunehmen. Den Minderheitsantrag Fehr und auch den Antrag Sandoz lehnen wir ab; darauf kommen wir später noch zurück. Wir wünschen auch eine möglichst rasche Verabschiedung des Kulturförderungsartikels.

Maeder: Die LdU/EVP-Fraktion stimmt selbstverständlich diesen Entwurf in der Form des Entwurfes von Bundesrat und Kommissionsmehrheit zu; sie lehnt den Nichteintretensantrag von Frau Sandoz ab.

«Was Kultur ist, ist ihnen Wurst, und was Wurst ist, ist ihnen Kultur.» Diese böswillige Charakterisierung des schweizerischen Kulturverständnisses würde durch einen längst fälligen Kulturförderungsartikel in der Verfassung korrigiert.

Als am 28. September 1986 Volk und Stände sowohl die eidgenössische Kultur-Initiative wie auch den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament ablehnten, herrschte in Kreisen vieler Kulturschaffender Katzenjammer, und das eingingen erwähnte Zitat schien sich einmal mehr bestätigt zu haben. Drückte das negative Abstimmungsresultat aber vielleicht

nicht auch das Misstrauen gegen staatliche Einmischung in einen Bereich aus, der solche Einmischung schlecht erträgt? Staat und Kultur, Kultur und Staat, sie standen und stehen seit je in einem Spannungsverhältnis. Und jene Staaten, welche die Kultur am tatkräftigsten förderten, forderten auch etwas von ihr, nämlich Unterwerfung. Die totalitären Regimes der Nationalsozialisten und Kommunisten haben einerseits mit der Förderung einer bombastischen Staatkultur Ansehen zu gewinnen versucht, andererseits waren die denkenden Kulturschaffenden ihre erklärten Feinde. Totalitäre Staaten aller Zeiten sahen sich vor allem durch Dichter und Schriftsteller bedroht.

Grölende Nazihorden verbrannten in den dreissiger Jahren auf Strassen und Plätzen die Bücher jener Autoren, durch welche sie ihren Polizeistaat gefährdet sahen: Walter Mehring, Kurt Tucholsky, Else Lasker-Schüler, Erich Kästner, Carl von Ossietzky – um nur einige Namen zu nennen.

Im Sowjetimperium und weiteren Diktaturen war es nicht besser. Sogar im liberal scheinenden Frankreich war zur Zeit des Algerienkrieges Boris Vians Lied vom Deserteur verboten. Der grosse spanische Dichter Federico García Lorca wurde 1936 vor den Toren Granadas von der Guardia Civil erschossen. Antonio Machado starb 1939 auf der Flucht. Verfolgt von den Nationalsozialisten begingen Stefan Zweig, Walter Hasenclever, Walter Benjamin, Egon Friedell und weitere Selbstmord. Als Opfer des Sowjetstaates starben im Erschiessungskeller oder im Zwangsarbeitslager Isaak Babel, Ossip Mandelstam, Iwan Katajew, Nikolai Sarudin und viele andere.

Das Misstrauen des Staates der Kultur gegenüber hat auch in der Schweiz Tradition. Die Fichen, welche die politische Polizei beispielweise vom Kabarettisten und Schriftsteller Franz Hohler angefertigt und gesammelt hat, sind ein wahrer Skandal. Ist es nicht erschütternd, wenn ein Schweizer Autor nach der Einsicht in seine Fichen im Februar 1993 feststellt: «Sie sprechen von der Kultur als Angelegenheit der Kriminal-Innen-Abteilung, von einer Kultur, die offensichtlich unmittelbar an der Vorbereitung des gewaltigen Umsturzes beteiligt ist. Karteiwürdig ist sie und observierungsbedürftig.»

Den traurigen Rekord im Verfolgungswahn unserer Staatsorgane gegenüber Kulturschaffenden bilden wohl die Hunderte von Fichenseiten, die Theodor Pinkus betreffen, den Emigranten, Publizisten, Buchhändler, der das kulturelle Leben Zürichs und der Schweiz über Jahrzehnte befruchtet hat und eigentlich längst ein Denkmal verdiente.

Staatsfeinde erster Ordnung waren stets die Dichter und Schriftsteller. Aber auch die bildende Kunst galt je nachdem als staatserhaltend und damit gut, oder aber sie gehörte in die Abteilung «Entartete Kunst». Hitler-Deutschland hatte es fertiggebracht, praktisch alle bedeutenden Maler und Bildhauer der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts auszugrenzen, z. B. Ernst Ludwig Kirchner, August Macke, Franz Marc, Emil Nolde, Ernst Barlach, Wassili Kandinsky, Paul Klee. Von den von den Nazis als gesund und staatserhaltend Hochgejubelten spricht heute kein Mensch mehr, während die Werke der Verfehlten, Ausgegrenzten heute die Museen der Welt zieren.

Kunst gedeiht besser in Demokratien. Aber was Kunst ist, kann nicht demokratisch ermittelt werden. An zeitgenössische Kunst muss sich ein breites Publikum noch gewöhnen. Zwei Beispiele: Als der Maler Ferdinand Gehr die Kirche im zugrissen Oberwil in den sechziger Jahren zwar gegenständlich, aber sehr abstrakt mit den zwölf Aposteln ausgemalt hatte, hagelte es Proteste. Während Jahren wurden die Fresken mit Tüchern abgedeckt, um den Volkszorn zu besänftigen. Heute ist man ganz allgemein stolz auf das eindrückliche Werk moderner sakraler Kunst.

Für das Foyer des neuen St. Galler Theaters fertigte vor Jahren der katalanische Künstler Antonio Tapiès einen textilen Wand-schmuck an. Das von einer Textilfirma der Öffentlichkeit geschenkte Werk erregte allergrösstes Missfallen. Die Leserbriefspalten der St. Galler Zeitungen waren voll von gehässigen Briefen über das «sogenannte» Kunstwerk. Ein Gemeinderat forderte gar im Stadtparlament dessen sofortige Entfernung. Heute gefällt das Werk vielen, es zählt zu den wichtigen Arbeiten eines Künstlers von internationalem Ansehen.

Sinn für Kunst entwickelte in einer einzigartigen Abstimmung

der Souverän des Kantons Basel-Stadt. Er stimmte vor Jahren einem Betrag in Millionenhöhe zu, der für den Ankauf von Picasso-Gemälden für das Kunstmuseum bestimmt war. Der Jahrhundertkünstler Pablo Picasso war über diesen Volksentscheid dermassen gerührt, dass er den Baslern gleich noch drei Gemälde schenkte.

Gemäss den Ausführungen der bundesrätlichen Botschaft ist der Kulturbegriff weit gefasst, und das ist gut so. Der Begriff Kultur beinhaltet gemäss Duden-Lexikon die Gesamtheit der geistigen und künstlerischen Lebensäußerungen. Unter diesen Begriff fallen die Werke eines Jean Tinguely genauso wie namenlose Kinderzeichnungen oder die überraschend frisch-naiven Bilder eines Hans Krüsi, der im Waisenhaus aufgewachsen war und an der Zürcher Bahnhofstrasse Blumen verkauft hatte. Der Kulturbegriff umfasst nicht nur die Welt der Konzertsäle, Theater, Opernhäuser, Bibliotheken und Museen, er umfasst das Leben schlechthin mit den ungezählten Menschen, die mehr als das tägliche Brot brauchen und in Gesang, Musik, Literatur und Spiel dem Leben Sinn zu geben suchen.

Soll Kultur reine Privatsache sein? Soweit wie möglich, ja. Der Staat soll seine Finger von jeglicher Art Kultursteuierung lassen. Wir wollen keine «Reichsschriftumskammer», wie sie die Nazis kannten, und keinen eidgenössischen Kulturrat. Aber es gibt Formen der Kultur, die ohne eine minimale Unterstützung durch den Bund gefährdet sind. Ich denke an die Theater und Opernhäuser. Ihr Betrieb ist teuer und belastet die Gemeinden übermässig.

St. Gallen beispielsweise hat seit 1871 das älteste Stadttheater der Schweiz. Neben dem als Weltkulturgut anerkannten Stiftsbezirk mit seiner einzigartigen Stiftsbibliothek war und ist dieses Theater ein wichtiger Kulturfaktor für die Ostschweiz und über die Landesgrenzen hinaus. Ich habe noch im klassizistischen Bau am Bohl Maria Becker als Iphigenie erlebt und Albert Bassermann als Nathan in Lessings «Nathan der Weise». 1968 wurde mit Beethovens «Fidelio» das neue Theater im Park eingeweiht. Mit mir haben Tausende in diesen Jahrzehnten Erbauung, Wissen und Freude aus dem Theater geschöpft. Das sollte auch in Zukunft in Zürich, Basel, Bern, Lausanne, Genf und anderswo möglich sein.

Der Kulturförderungsartikel wäre die Verfassungsgrundlage für eine Bundeshilfe an kostenintensive Kulturinstitute von regionaler und gesamtschweizerischer Bedeutung.

Kern: Die Fraktion der APS unterstützt den Antrag auf Nicht-eintreten von Frau Sandoz. Ein ähnlicher Kulturförderungsartikel wurde vom Stimmvolk vor zirka sieben Jahren abgelehnt. Es ist für uns unverständlich, dass man jetzt schon wieder mit einer solchen Vorlage kommt.

Das in den letzten drei Jahren steigende Defizit in Milliardenhöhe im Bundeshaushalt zwingt uns, dem Bund nicht noch mehr Aufgaben aufzubürden. Dass der Bund mit diesem Artikel in der Bundesverfassung zusätzliche grosse Ausgaben bekommen wird, ist unbestritten. Diese zusätzlichen Ausgaben können wir uns nicht leisten. Wir sind aber für die bisherige Förderung der Kultur durch den Bund.

M. Rohrbasser: Le groupe UDC est aussi partagé. Une majorité, néanmoins, s'est dégagée pour soutenir cet article constitutionnel sur l'encouragement de la culture. En cela, nous considérons le citoyen comme étant, non pas un simple consommateur, mais bien un ayant droit.

Par contre, il serait faux d'adopter, face à cet article, une attitude béate, croyant ainsi avoir réglé tous les problèmes. Certes, cette adjonction constitutionnelle représente une avance positive vers une propagation culturelle qu'il s'agira de bien cadrer. Il n'en demeure pas moins que certains dangers peuvent naître, même si le fondement procède d'une volonté affirmée de mettre le citoyen en situation favorable face à l'imminence culturelle. Le premier de ces dangers serait de faire de cet article un fourre-tout, un outil de saupoudrage. On a déjà assisté, dans des collectivités locales ou régionales, en matière de culture, à de terribles dérapages, couronnant certains hermaphrodites douteux supposés éclairés, ou libellules égarées! Tout à coup, ils se sont, ces gens-là, mués en hobereaux

de la culture et se sont ceints du pouvoir d'appréciation, et surtout de celui de l'attribution des fonds.

La culture, faut-il le rappeler, est une noble notion. Bien distillée, elle est le catalyseur qui peut amener l'humain à la découverte de son identité. Elle peut être galvaudée lorsqu'on la manipule à des fins qui n'ont rien à voir avec d'honnêtes intentions, et il faut faire en cela profiter le plus grand nombre de citoyens de cette notion fondamentale.

En un mot, il ne faudrait pas que cet article soit là, figé comme un bloc gélatineux, juste assez trouble pour qu'on n'y distingue rien au travers, et juste assez ferme pour qu'il ne s'affale pas. Une espèce de serre chaude où pourrissent les grandes options au profit d'une quantité de petits intérêts.

Le but avoué de cet article doit être de placer la culture au niveau d'une société avancée comme la nôtre. Il est juste de prétendre qu'il faut que la dimension culturelle d'un pays se hisse au niveau atteint par son développement économique ou social. Avec une juste application de cet article, il faut espérer gommer les fossés et les disparités de notre pays. Il s'agit de dégager un équilibre entre l'organisation de la vie en société et l'exercice purement culturel.

En matière de législation, nos principes fédéralistes s'opposent à l'élaboration d'une loi-cadre générale dans le domaine de l'encouragement de la culture. Cette dernière est trop hétérogène pour la saisir et la servir de manière cohérente par la mise sur pied d'un système à fonctionnement purement étatique. Il faut donc garantir le principe de subsidiarité et veiller à la répartition des compétences entre la Confédération et les cantons. Il faudra une grande souplesse et piloter à vue, pour autant qu'une fonctionnarisation du système ne cristallise pas celui-ci.

Quant aux conséquences financières de cet article, on l'a déjà dit, il ne faudra élaborer un plan d'investissement que lorsque auront été établis des modèles d'action. Et puis, sur tous les principes, il y a toujours deux tendances: une positive que Cervantès citait dans Don Quichotte: «Que des yeux qui ne voient que ce qui existe sont des yeux aveugles», l'UDC vous recommande pour cela d'entrer en matière et d'adopter cet article; et l'autre, peut-être négative, qui nous vient alors là de Jules Romains en citant l'ordonnance de l'énigmatique docteur Knock, et cela fera certainement plaisir à Mme Sandoz, sans que je puisse lui ingurgiter ce remède, je cite dans le texte: «Madame, prenez ce remède, s'il ne vous fait aucun mal, ce n'est pas pour autant qu'il vous fera du bien.»

Schnider: Das kulturelle Erbe einer Region und kulturelle Veranstaltungen sind in den letzten Jahren für den Tourismus immer wichtiger geworden. Stichworte: qualitatives Wachstum, qualitativer Tourismus. Die Touristen sind heute anspruchsvoller geworden und interessieren sich auch für die Kultur in einer Region. Die Kultur als bedeutender Wirtschaftsfaktor – so zum Beispiel zur Schaffung von Arbeitsplätzen – ist heute anerkannt, auch in den Berggebieten. Heute finden auch in ländlichen Regionen viele kulturelle Anlässe, teilweise von nationaler oder gar internationaler Bedeutung, statt, Anlässe mit grosser wirtschaftlicher Bedeutung, die zusätzlich den Jugendlichen wertvolle Sitten und Bräuche aus der Vergangenheit vermitteln.

Der Kulturförderungsartikel bewirkt eindeutig eine Stärkung und Ausweitung des Kulturbetriebs. Bedeutende Denkmäler und Kulturlandschaften sind auch in ländlichen Regionen und in Berggebieten angesiedelt. Kulturelle Anlässe sowie die Erhaltung von Denkmälern und Kulturlandschaften bewirken eine Stärkung der lokalen und regionalen Sozialstruktur. Sie stärken die Wirtschaft, sichern Arbeitsplätze und verhindern die Abwanderung.

In Absatz 2 des neuen Kulturförderungsartikels werden auch die «wenig begünstigten Landesteile» erwähnt. Der Bund wird dabei nicht selbstständig aktiv, sondern er kann die Gemeinden und Kantone in wenig begünstigten Landesteilen – so in Bergregionen – unterstützen. Damit kann das soziale und kulturelle Leben in Berggebieten gestärkt und ein Beitrag geleistet werden, der insbesondere den in der Heimat verbleibenden Jugendlichen ein angenehmes Dasein bietet.

Obwohl in unserem Lande in Sachen Kultur gerade in den letz-

ten Jahren viel geleistet wurde, fehlen zurzeit gesicherte Grundlagen für die Zukunft. Diese müssen unbedingt geschaffen werden. Deshalb bitte ich Sie, dem erwähnten Artikel zuzustimmen.

M. Etique: Les propos de M^{me} Sandoz ne peuvent pas laisser indifférent le président de la commission qui a traité de cet objet.

Madame Sandoz, vous avez sollicité, sollicité un peu trop le message pour que la démonstration soit convaincante. En tant que juriste éminente que vous êtes, vous savez que le message ne dit pas le droit, que le message ne fait pas le droit; c'est l'article constitutionnel, c'est-à-dire la base légale, qui dit et qui fait le droit. Le message est là pour donner une interprétation authentique dans l'hypothèse où la base légale serait insuffisante ou lacunaire. Et si vous aviez lu cet article constitutionnel avec un peu moins de passion, vous vous seriez vous-même convaincu que cet article constitutionnel est dans la nature et dans la logique des choses et qu'il ne permet pas d'en tirer toute sorte de spéculations.

Le premier et le deuxième alinéas donnent tout simplement à la Confédération – à titre subsidiaire –, aux cantons et aux communes la compétence de favoriser la création culturelle, de sauvegarder le patrimoine culturel du pays et de faciliter l'accès à la culture. Si l'on sait que l'initiative privée, que le mécénat ne peuvent pas, à eux seuls, atteindre ces objectifs, il faut bien admettre qu'il y a là une tâche logique et naturelle de l'Etat, même si on n'est pas interventionniste de nature. Je suis convaincu que vos propos ont dépassé votre pensée lorsque vous avez parlé de mégalomanie. Il n'y a pas de mégalomanie dans cette opération. Et j'en veux pour preuve les témoignages que nous avons reçus, au sein de la commission, de la part de représentants des cantons, des communes, venant de toutes les régions linguistiques et culturelles du pays, qui ont salué l'entreprise, qui ont appelé de leurs voeux cet article constitutionnel parce qu'il répondait à une évolution, parce qu'il répondait à l'augmentation de l'offre et de la demande en matière culturelle.

Vous avez évoqué le problème financier, je ne suis pas le dernier à regretter une insuffisance d'investissements de la part de la Confédération dans le réseau des routes nationales en Suisse romande. Mais le fait de constater cela ne me conduit pas à rejeter ceci, parce qu'il n'y a aucun lien logique, juridique et politique entre les deux choses. Et même s'il y a une base constitutionnelle, vous savez fort bien que le Parlement a l'entièreté maîtrise des dépenses et des coûts à engager au nom et en vertu de cet article constitutionnel.

Enfin, cet article est mieux balancé que vous ne le dites, il est basé sur le principe essentiel de la subsidiarité de l'intervention de la Confédération, et c'est logique dans un système fédéraliste comme le nôtre, où ici aussi, en matière culturelle, le fédéralisme a été parfaitement respecté et observé.

Je vous recommande, bien sûr, aussi au nom de la commission – les rapporteurs en ont excellentement fait de même –, d'entrer en matière et d'accepter cet article constitutionnel sur l'encouragement de la culture.

Plini: Darf ich in meiner Muttersprache sprechen? Das ist bis heute noch – glaube ich – die dritte offizielle Sprache unseres Landes.

Con il consenso alto del primo cittadino della Confederazione, ho l'onore di poter usare la mia lingua materna, che è anche la terza lingua ufficiale della Svizzera, fino ad oggi!

Ho avuto un momento di commozione sentendo il collega Etique ricordare a questa tribuna che è stato il presidente della Commissione per questo secondo tentativo di riferimento culturale nella nostra Costituzione.

Caro Pietro, Etique Pierre, ero presidente nel 1984, quando fu redatto il primo messaggio, e combattei con il defunto on. Hans Frei alla cui memoria io rivolgo da questa tribuna un omaggio particolarmente sensibile. Questo giudice della Turgovia, questo uomo conservatore, questo uomo che non volava alto, né immaginava, né inventava, aveva capito, on. Sandoz, che non c'è libertà, non c'è democrazia, non c'è diritto, non c'è dignità di uno Stato, se questo Stato non ha un riferi-

mento, dico bene un riferimento, non un'imposizione, gentile signora, nei confronti della cultura. Da anni, io ho portato nel mio cuore il complesso di non essere un dottore, di essere, academicamente parlando, niente. Io non ho passato nessun esame in nessuna università svizzera. Dopo aver ascoltato Lei, on. Sandoz, sono molto sollevato oggi da questo mio intimo «complesso», perché quando un docente universitario svizzero nel 1993 osa ancora porsi la domanda se è necessario – sì o no – avere un «ancoraggio» nella Costituzione in merito alla cultura, o io sono pazzo, o non abbiamo capito niente nessuno.

Io fra poco me ne andrò; sono un anziano di questo Parlamento, on. Sandoz. Lei è venuta un anno fa, così, come le rondini. Io parlo come i rondini. Però sia ben chiaro, on. Cotti – Lei mi conosce da tanto tempo –: Se questo Paese non è capace di avere il supplemento d'anima, di vincere i complessi della natura materialistica e di avere un riferimento, dico un piccolo riferimento, che parli anche di cultura, on. Cotti! Caro mio nuovo ministro del Dipartimento degli Esteri, non c'è più «Giuseppe Motta che tiene»! Siamo un povero Paese, caro mio ragazzo, un povero Paese! E qui, a Berna, qualcuno lo deve dire, perché nessuno lo dice qui, che stiamo diventando un povero Paese, per noi e per ciò che vive fuori da queste mura, e per la nostra gioventù, come per gli ospiti in questa tribuna che ci stanno a guardare.

Noi dobbiamo avere l'orgoglio di parlare la nostra lingua, il nostro dialetto, ma anche di avere l'orgoglio che la Bundesverfassung, la Costituzione contenga un riferimento alla cultura. In nome di Dio, io vi prego di non fare uno sgardo nei confronti della vostra generazione, di quella che viene, del vostro spirito e del vostro federalismo, e in particolare di non fare lo sgardo, on. Sandoz, alla dignità civile di questo Paese! (Acclamazioni)

Keller Anton: Der vorgeschlagene Verfassungsartikel ist vorerst einmal eine Anleitung für eine klare Arbeitsteilung. Er ist auf Zusammenwirken und Ausgleich ausgerichtet, aber auch auf Abgrenzung der fördernden Kräfte. Er ist indes mehr als ein reiner Kompetenzartikel, denn er setzt auch Akzente. Insbesondere sehe ich das im ausdrücklichen Anliegen, «wenig begünstigte Landesteile und Bevölkerungsgruppen» zu berücksichtigen. Das ist eine wichtige und auch eine richtige Aussage. Sie macht klar, dass kulturelles Leben überall in diesem Land und nicht nur an bestimmten Brennpunkten, zum Beispiel an urbanen Brennpunkten, erwünscht ist. Diese Formulierung macht klar, dass kulturelles Leben eine Sache des ganzen Volkes sein soll und nicht nur bestimmter Schichten, die sich das leisten können. Mit dieser Formulierung werden auch die Jugend und die Jugendkultur erfasst. Das zu streichen, wie es in einem Antrag verlangt wird, heißt einen guten Gedanken verlieren.

Im Mittelpunkt des Verfassungsartikels steht ein klares Bekennen. Die Förderung des kulturellen Lebens in der Schweiz ist ungenügend, wenn nicht auch der Bund seinen Beitrag leistet. Wer sich im Kulturbereich auskennt, weiß: Kantone und Gemeinden haben insgesamt nicht die Kraft, jene geistige Bewegung in unserem Land zu unterhalten, welche die Menschen im Kleinstaat Schweiz zum Leben brauchen. Wer immer noch glaubt, die kantonale Förderung allein vermöchte das, huldigt einem romantisierenden Föderalismus.

Was für eine Kultur gefördert werden soll, wird nicht gesagt. Auch das ist richtig. Als Gesetzgeber haben wir im Kulturbereich dafür zu sorgen, dass sich die Dinge bewegen können. Aber wir haben nicht zu sagen, wohin sie sich bewegen sollen. Diesen Gedanken hat der Kanton Aargau bereits vor 25 Jahren verwirklicht, indem er die Kulturförderung in die Hände eines autonomen Kuratoriums gelegt hat, welches in diesen Dingen völlig unabhängig von Regierung und Parlament entscheidet.

Für mich hat der Kulturförderungsartikel auch eine unmittelbare Aktualität. Ich sehe ihn im Zusammenhang mit dem europakritischen Nein unseres Volkes vom vergangenen 6. Dezember. Im Kulturbereich droht dieses Nein unsere Kulturschaffenden in eine schwierige Lage hineinzuführen. Zusammenarbeit und Austausch mit dem Ausland sind erschwert. Wir laufen Gefahr,

dass unsere Kulturschaffenden aus dem uns umgebenden Europa herausgedrängt werden. Das wäre eine fatale Entwicklung. Wir können nicht geographisch zu Europa gehören und gleichzeitig kulturell daneben liegen. Von allen Alleingängen würde keiner unsere schöpferischen Menschen, unsere Gesellschaft, ja unser Land so gründlich in die Wüste führen wie der kulturelle Alleingang.

Gegenkraft zu dieser fatalen Entwicklung ist die Stärkung des kulturellen Lebens. Wir brauchen diese Stärkung, auch im Kampf gegen die zunehmende Gleichgültigkeit, welche das wechselseitige Verhältnis der Sprachgruppen in unserem Lande zu bestimmen beginnt. Niemand in unserem Land kann für alleingängerische Resignation sein. Ein Tatbeweis dagegen ist das entschiedene Einstehen für diesen Kulturförderungsartikel!

Miesch: Herr Pini, wenn es Frau Sandoz nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Jetzt sind nicht visionäre und staatliche Kulturförderer, sondern Betriebsbremsen gefragt!

Was wollen wir eigentlich diesem Staat noch alles aufbürden? Der vorliegende Kulturförderungsartikel lässt alles, aber auch alles offen und fördert Kultur, die wir nicht wollen, mit Geld, das wir nicht haben.

Vor kurzer Zeit hat unser Volk bereits einmal einen staatlichen Kulturförderungsartikel bachab geschickt. Daher ist es unverantwortlich, heute von unserer Seite erneut diese Frage auf den Tisch zu bringen. Ich hätte Verständnis, wenn dieser Artikel mit einer Volksinitiative verlangt worden wäre: Kulturförderung muss von der Basis, vom Volk getragen und gefördert werden.

Ich habe es satt, mir von unseren sogenannten Kulturbeauftragten sagen zu lassen, was Kultur ist und was nicht. Ich lasse mir nicht vom Staat Kultur verordnen, sondern ich pflege Kultur in meinem Herzen, in meinen Gefühlen und mit meinem Geld in meiner Gemeinde! Diesen Entwurf legt nun eine Verwaltung vor, deren Massstäbe bezüglich Kultur nicht meine Massstäbe sind. Kulturförderung will ich nicht nach Bern delegerieren.

Unser Staat befindet sich in einer finanziellen Krise, und das Ganze entwickelt sich zu einer Katastrophe. Wir sind aufgerufen, endlich zu sparen, Ausgaben- und Aufgabenwachstum zurückzunehmen, und es tönt geradezu unglaublich: Ausgerechnet in einem Bereich, wo das Volk uns den Auftrag gegeben hat zu sparen, wollen wir die Ausgaben anwachsen lassen! Es handelt sich hier um ein Paradebeispiel, bei welchem man Aufwand und Kosten abbauen könnte, ohne dass sich nachteilige Folgen zeigen.

Ich werde jetzt noch deutlicher und beklage mich bitter bei der Kulturlobby, bei der Verwaltung und auch bei Ihnen, Herr Kulturminister: Beweisen Sie politische Kultur! Haben Sie den Mut, Ihr Vorhaben jetzt sofort zurückzunehmen.

Sollten Sie wider Erwarten dazu nicht Hand bieten, so bitte ich Sie, meine Damen und Herren Nationalräte, Kultur zu zeigen und den Nichteintretensantrag von Frau Sandoz zu unterstützen!

Steinemann: Trotz negativem Volksentscheid vom September 1986 liegt uns heute wieder ein Kulturförderungsartikel vor, weil gemäss Bundesrat ein Bedürfnis nach staatlicher Kulturpolitik bestehen soll. Mit dem positiven Vernehmlassungsergebnis und einem allfälligen zustimmenden Parlament ist aber glücklicherweise das Volk noch lange nicht gewonnen.

Ich mache jetzt einfach eine Feststellung: Wir haben schlicht und einfach kein Geld für neue finanzielle Begehrlichkeiten und für die Bildung unnötiger und unkontrollierbarer sogenannter Fachkommissionen, wie Ihnen das Frau Sandoz so hervorragend geschildert hat.

Gerne weise ich in diesem Zusammenhang wieder einmal auf das Bundesgesetz über den eidgenössischen Finanzaushalt vom 6. Oktober 1989 hin. Dort heisst es in Artikel 2: «Die Bundesversammlung, der Bundesrat und die Verwaltung führen den Finanzaushalt des Bundes nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, der Dringlichkeit, der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit.» Ich verwahre mich übrigens in aller Form dagegen, als Kulturbauhaus bezeichnet zu werden, wie das Herr

Mühlemann macht, nur weil wir zu den Staatsfinanzen Sorge tragen wollen – er ist zwar jetzt nicht im Saal und hört es nicht. Uebrigens ein gutes Beispiel, wie arrogant und vor allem von oben herab die sogenannten Kulturvertreter votieren.

Viele Kantone und Gemeinden haben sich die Förderung der Kultur schon einiges kosten lassen, obwohl sich viele Empfänger in letzter Zeit keineswegs so verhalten haben, dass die Investitionen sich immer rechtfertigen könnten! Laut einer «NZZ»-Meldung erhalten die Kulturschaffenden der Schweiz heute schon gesamthaft jährlich Zuschüsse in folgender Gröszenordnung – ich bitte Sie, das zu beachten –: rund 140 Millionen Franken vom Bund, gegen 300 Millionen von Privaten, 570 Millionen von den Kantonen, 800 Millionen von den Gemeinden. Gesamthaft sind das satte 1800 Millionen Franken. Könnte diese reichliche Kulturförderung nicht schon genügen, oder fördert sie in erster Linie bei einzelnen Kulturschaffenden nur die Forderungskultur?

Dies ist wieder ein Bereich, in dem am Volkswillen vorbeipolitiert wird: Der Kanton Basel-Landschaft hat es als letzter bewiesen, indem er ein kantonales Kulturzentrum gegen den fast geschlossenen Landrat bachab geschickt hat, übrigens auch dank dem Einsatz von Kollege Miesch.

Im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft glänzten mehrere dieser Steuergeldempfänger, Kulturschaffende genannt, demonstrativ durch Abwesenheit. Weil das sozusagen niemand bemerkt hat, zahlten sie es uns Schweizern heim, indem sie unseren Weltausstellungspavillon in Sevilla genüsslich verunstalteten und den Besuchern die Schweiz als nicht existierendes Land vorstellten. Unterdessen, mitten in der Rezession, will der Bundesrat mit hart erarbeiteten Steuerfranken diese lieben Leute noch mehr unterstützen. Der Selbstbedienungsladen Bundeskasse soll mit dieser Vorlage einmal mehr eine Erweiterung erfahren. Dass wir dazu nicht ja sagen können, versteht sich von selbst.

In der heutigen Zeit müssen auch andere Bereiche trotz guter Resonanz auf wünschbare Zuschüsse für liebenswerte Einrichtungen verzichten. Auch wenn es anstrengender ist, muss der Kulturbereich vielleicht das Sponsoring für seine Mittelbeschaffung weiter ausbauen und hinnehmen, dass aus den öffentlichen Kassen einfach keine zusätzlichen Finanzen mehr fließen.

Der vorliegende Entwurf nimmt grosse Teile der deutlich abgelehnten Kultur-Initiative wieder auf. Die heute bestehenden, finanziell sehr grosszügigen Tätigkeiten will ich hier nicht bestreiten. Ich meine aber, dass eine spezielle Verankerung absolut unnötig ist.

Ich bitte Sie, dem Nichteintretensantrag von Frau Sandoz zuzustimmen.

Schmid Peter: Eine Schriftstellerin, Marie von Ebner-Eschenbach, prägte einmal den Satz: «Während ein Feuerwerk abgebrannt wird, sieht niemand nach dem gestirnten Himmel.» Dieses Zitat muss einem unweigerlich einfallen, wenn wir uns anschicken, inmitten der Hektik der politischen Geschäfte die Kulturförderung zum Thema zu machen. Das Feuerwerk mit seinen eindringlichen Farben, seiner grellen Helligkeit und den Knalleffekten – wer lässt sich nicht in seinen Bann ziehen? Die Pracht verglimmt allerdings stets rasch, mag sie noch so aufdringlich sein, und ist spätestens dann vergessen, wenn sich neue Licht- und Farbensträusse am nächtlichen Himmel entfalten.

Nichts gegen das Feuerwerk! Auch ich habe daran zuweilen meinen Spass. Es ist Gleichen für das wechselhafte, effektvolle und sensationelle Leben, aber auch für den Aktivismus unseres Alltags mit seinen vordergründigen Bedürfnissen und vordringlichen Besorgungen.

Auch die mediengerecht aufgemotzte Alltagspolitik mit den verzerrenden Partialinteressen gehört zu diesem Feuerwerk, das uns oft die Durchsicht und den Durchbruch zum Wesentlichen verbaut. Der «gestirnte Himmel» dagegen zeugt von einer anderen Pracht, einer sehr viel diskreteren, aber um so beständigeren. Er begleitet uns durch das ganze Leben, zeigt sich immer wieder als derselbe und versetzt uns dennoch immer wieder in neues Staunen. Aber der stille Glanz des Universums hält sich im Hintergrund, drängt sich nicht auf und wird

um so weniger wahrgenommen, je grösser der Lärm des Alltagsfeuerwerks und die Wogen der Besorgnis über uns zusammenschlagen.

Wir halten die täglichen Geschäfte für die ganze Wirklichkeit und merken nicht, dass die geistigen Belange, die sich im Verborgenen halten, unserem Wesen viel mehr entsprechen und unser Leben nachhaltiger zu tragen und zu bereichern vermöchten als das sich ständig überbietende Angebot der zivilisatorischen Errungenschaften.

Nichts gegen die Lebenserleichterungen und die Abwechslung, die uns Mobilität, bequeme Wohneinrichtungen und was der zivilisatorischen Errungenschaften mehr sind bescheren. Sie befreien uns vom harten Lebenskampf und müssten uns eigentlich frei und verfügbar für Wesentlicheres machen, zu dem auch die kulturellen Betätigungen gehören. In diesem Sinne ist Zivilisation Mittel zum Zweck. Wo sie zum Selbstzweck und zum alles dominierenden Lebensinhalt wird, wuchert sie ins Uferlose, erstickt sie das Geistige im Menschen oder lässt es gar nicht erst aufkommen.

Der grosse Irrtum der Menschen – ich denke manchmal, er ist unter den Politikern auch recht verbreitet – besteht in der Meinung, Kultur sei eine Art unverbindliche, luxuriöse Zugabe, die man sich leistet, wenn die Limousine in der Garage steht, die Zweitwohnung bezogen und die Mitgliedschaft im Golfclub finanziert ist. Dabei ist es umgekehrt: Dichtung, bildende Kunst, Theater, Musik, Kulturdenkmäler in all ihren vielfältigen und reichhaltigen Ausgestaltungen erfassen das Leben in seiner wirklichen Tiefe und in seinem eigentlichen Gehalt. Sie sind eine echte Bereicherung des Lebens, die uns ermöglicht, in den materiellen Ansprüchen etwas weniger begehrlich sein zu müssen.

Wir geben sehr viel, zu viel für den Erhalt und die Mehrung zivilisatorischer Belange aus. Darum ist der bescheidene Anteil, der kulturellen Zwecken zugute kommt, beileibe nicht Luxus. Was das Leben lebenswert macht, kostet zudem weit weniger als das, was als düftiger Ersatz oft an dessen Stelle tritt.

Wenn etwas verfassungswürdig ist, dann zweifellos die Wahrung und die Förderung der Kultur.

Dreher: In Uebereinstimmung mit den Vorrednern, dem Fraktionssprecher der APS und Herrn Steinemann, der ein Privatmuseum von hohem Niveau auf eigene Kosten unterhält, unterstütze auch ich den Nichteintretensantrag der ehrenwerten Kollegin Sandoz.

Worum geht es eigentlich bei diesem Kulturartikel? Es geht doch nur darum, mehr Geld aus Bundesmitteln auszugeben, die wir nicht haben. Da kann es in der heutigen Situation nur eine Antwort geben; diese Antwort heisst: nein.

Ich werde diesen neuen Kulturartikel persönlich mit allen mir zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpfen. Die Zeit ist denkbar schlecht gewählt; das Volk hat klar entschieden, dass es diesen Kulturartikel nicht will. Es ist die Zwängerei der Kulturschaffenden und derjenigen, die sich dafür halten, dass sie jetzt wieder mit einer solchen Vorlage kommen.

Der ehrenwerte Kollege Steinemann hat ausgeführt, 1800 Millionen Franken würden aus öffentlichen und privaten Mitteln für die Kultur in der Schweiz aufgewendet; eine ungeheure Summe! Und da sagt man uns, ein F/A-18 liege aus Kostengründen nicht drin. Das bringe ich mit meiner Weltordnung nicht mehr zusammen.

In «Finanz und Wirtschaft» – vielleicht die einzige ernstzunehmende selbständige Wirtschaftszeitung – steht in der neuesten Ausgabe, dass die Sammlung Thyssen-Bornemisza die Schweiz definitiv verlassen werde. Ein Land, das eine solche Sammlung ziehen lässt, soll mir nie mehr mit «Kulturförderung» kommen! Es ist ein Skandal, wenn verlangt wird, dass der Bund für irgendwelche, nicht näher zu bezeichnende kulturelle Aktivitäten noch mehr Millionen locker machen soll, und auf der anderen Seite lässt man eine Thyssen-Sammlung das Land verlassen. Das ist doch etwas Wahnsinniges; so etwas gibt es doch nirgends! Stellen Sie sich einmal vor, was das für ein Kulturmagnet gewesen wäre. Aber irgendwie hat da die gesamte kulturelle Kraft dieses Landes nicht ausgereicht; es hat an kultureller Leadership gemangelt, um diese Sammlung im Land zu behalten.

Dazu kommt die Unwürdigkeit der Kulturschaffenden. Wir haben 700 Jahre Schweiz gefeiert, und dieser 700-Jahr-Feier haben sich die Kulturschaffenden – bzw. was sich dafür gehalten hat – verweigert.

Ich habe schon bei der Pro-Helvetia-Diskussion erklärt, dass es von uns für diese Sorte Leute kein zusätzliches Geld mehr gibt. Das ist nur eine konsequente Reaktion. Ich erinnere Sie daran, dass Herr Kollege Allenspach bei der Behandlung des Pro-Helvetia-Kredits im Jahre 1991 – ich glaube, es war in der Herbstsession – erklärt hatte, dass man jetzt auf die Bundesfinanzen Rücksicht nehmen müsse; Herr Stich hat ihn unterstützt. Dann hat man eine Diskussion geführt, und Herr Sigmund Widmer aus Zürich, damals noch Mitglied dieses Rates, sagte, man halte Mario Botta für einen Italiener und nicht für einen Tessiner. Das war für den Rat Grund genug, undifferenziert die Millionenschleusen zu öffnen. Und gleichzeitig verlangen wir zusätzliche Finanzdisziplin!

Wir haben das Instrument des Sponsoring, was die Möglichkeit ergibt, dass die Wirtschaft, statt Werbung zu betreiben, kulturelle Aktivitäten unterstützt. Ich frage mich auch, weshalb in den Kellern des Bundes und der Kantone zuhauf Bilder, Gemälde und Skulpturen gesammelt werden und warum diese nicht nicht von Zeit zu Zeit durch Auktionen veräußert werden. Mit dem Erlös könnten dann neue Werke des Kunst- und Kulturschaffens angekauft werden – immer in der Hoffnung, dass die Qualität dieselbe sei wie diejenige der Werke, die man veräußert hat.

Aus all diesen Gründen ist die Fraktion der Auto-Partei, und bin ich als ein Teil von ihr, strikte gegen zusätzliche Gelder für kulturelle Aktivitäten. Wir nehmen es nicht hin, dass in einer Zeit der leeren Kassen die Schleusen geöffnet werden sollen. Fördern Sie das private Sponsoring – die private Unterstützung des Kulturschaffens –, und lassen Sie das Geld nur denjenigen zukommen, die sich der Spender und der öffentlichen Unterstützung als würdig erweisen!

Frau Grendelmeier: Etwas muss ich Ihnen attestieren, Herr Dreher, etwas Erfreuliches: Man braucht Ihnen nicht zu widersprechen; innerhalb von dreissig Sekunden tun Sie es selber! Einerseits behaupten Sie, dass es dieses Land nicht vermöge, zusätzlich kulturelle Aktivitäten als Bundesaufgabe wahrzunehmen, und andererseits trauen Sie voller Entsetzen der Thyssen-Sammlung nach. Es könnte eben durchaus sein, dass diese Thyssen-Sammlung gerade wegen der fehlenden Verfassungsgrundlage für ein bundesweites Engagement abgewandert ist – aber das nur nebenbei.

Ebenso erstaunt war ich, Frau Sandoz, über Ihren Nichteintretensantrag. Erstaunt deshalb, weil Sie mit einer unglaublichen Brillanz diesen Artikel zwar auseinandernehmen, aber dann Schlüsse ziehen, die mir nicht mehr einfühlbar sind. Sie sagen einerseits, es bringe eigentlich gar nichts, es seien Unverbindlichkeiten, mit denen man Künstler allenfalls auf die falsche Fähre lockt, mit denen man ihnen allenfalls Versprechen machen würde, die man nachher nicht einlösen könne, und auf der anderen Seite zählen Sie auf, welch weite Gebiete der Begriff Kultur umfasst. Und das stimmt. Es ist im neuen Verfassungsartikel sehr gut dargestellt, was Kultur alles umfasst. Sie scheinen eine solche unglaubliche Angst vor der Allmacht der Kultur zu haben – dazu gratuliere ich Ihnen –, dass es mich dann wundert, wenn Sie mit dieser Macht leben können, ohne dass sie auch nur eine Verfassungsgrundlage hätte – das ist doch auch ein gewisser Widerspruch!

Es ist schwierig, Kultur zu definieren. Ich weiss nicht, ob es ein Zufall ist, dass wir heute vor acht Jahren, am 18. März 1985, die letzte Kulturdebatte in diesem Haus geführt haben. Die Argumente, die ich bis jetzt gehört habe, haben sich in diesen acht Jahren nicht geändert. Das einzige, was sich verändert hat, ist unsere finanzielle Lage. Sie ist, sehr zum Wohl der Gegner dieser Vorlage, sehr schlecht geworden, aber die Argumente sind dieselben geblieben.

Vor acht Jahren hat man auch schon vom Finanziellen her den Teufel an die Wand gemalt. Damals lebten wir aber vergleichsweise in Saus und Braus, in einer Zeit entfesselter Hochkonjunktur. Schon damals hat man das Gefühl gehabt, das könnten wir uns – alsreichstes Land der Welt – nicht leisten.

Was kann man nun zur Definition von Kultur sagen? Das ist schwierig; ich habe es fast mein ganzes Leben lang versucht und bin auf eine sehr bescheidene Definition gekommen: Kultur dürfte man vermutlich mit all jenen Tätigkeiten, mit all jenen Verhaltensweisen umreissen, die über das nackte Ueberleben hinausgehen. Beispiel: Wenn der Mensch in seinen Ursprüngen noch nicht als Sammler, sondern von der Hand in den Mund gelebt hat, später aber die Früchte, Pilze, Wurzeln, Kräuter gesammelt und daraus ein Gericht hergestellt hat, dann war das Kultur, Esskultur, Kochkultur. Wenn er die lebensnotwendigen Töpfe, Eimer zur Beschaffung von Wasser beispielsweise, später verziert hat, dann war das Kultur. Ornamente sind nicht lebensnotwendig. Oder wenn er die Höhle, die lebensnotwendig war, ausgemalt hat, dann war das Kultur. Es war nicht lebensnotwendig.

Und wenn schliesslich an die Stelle der Macht, der reinen Machtmanifestation über die Körperkraft, über die Fäuste und über den Schlagstock, die Sprache zur Verständigung getreten ist, dann war das Kultur; dann zeigt es sich auch, was Kultur will. Kultur ermöglicht unser Zusammenleben und ermöglicht somit eigentlich auch den Frieden. Somit hat Kultur eine staatspolitische Bedeutung allerersten Ranges. Und da will man dem Bund noch nicht einmal die Erlaubnis geben, subsidiär zu wirken.

Ich möchte Ihnen sehr empfehlen: Weichen Sie nicht auf absolut billigste Plausibilitäten aus, weil Ihnen die Argumente fehlen. Nehmen wir uns ein Beispiel an Österreich. In Österreich ist der Exportartikel Nummer eins die Kultur, und bei uns ist es halt – mit Verlaub – der Käse. Kultur ist ein Spiegel nach innen und ein Fenster nach aussen. Stossen wir endlich dieses Fenster auf, und geben wir dem Bund die Möglichkeit, etwas zu unternehmen, um Kantone und Gemeinden zu unterstützen. Es ist bescheiden genug. Der ganze Artikel ist ein Kann-Artikel. Wem das noch zuviel ist, der soll bitte weiterhin Käse essen.

M. Comby: Tout d'abord, deux remarques préliminaires. La première, permettez à un ancien chef du Département de l'instruction publique d'un canton bilingue, qui a présidé pendant une dizaine d'années un conseil de la culture, d'apporter une petite contribution à ce débat: Madame Sandoz, je ne partage pas votre attitude frileuse en ce début de printemps.

Deuxième remarque: il est bien que dans le pays de Guillaume Tell l'on parle aussi des choses de l'esprit.

Mais qu'est-ce que la culture? Pour moi, la culture est tout d'abord un trait d'union entre la tradition et la modernité. La culture est aussi l'économie du futur et, on a tendance à l'oublier, les retombées économiques des activités culturelles sont de plus en plus importantes. Par ailleurs, on peut dire aussi que la culture est ce qui décloisonne l'individu, la cité, la région, le pays. Enfin, la culture est aussi l'oxygène de notre vie intellectuelle et de notre sensibilité. Dans cet esprit, la culture est d'abord, comme l'a dit M. Loeb François, rapporteur, l'affaire des individus, avant d'être celle des communes, des cantons et de la Confédération.

Il n'est donc pas inutile de rappeler brièvement ici les trois principes fondamentaux qui devraient, à mon avis, guider toute politique culturelle: premièrement, le respect de la liberté de tout créateur. En effet, il n'y a pas de création authentique sans liberté. Une culture d'Etat serait de l'anticulture. Deuxièmement, le respect des identités culturelles régionales et locales, en sachant que la diversité culturelle est plutôt une source de richesse. Troisièmement, la promotion des échanges culturels dans un pays plurilingue à l'intérieur et vers l'extérieur.

La culture est devenue indéniablement une tâche importante des collectivités publiques, car toutes les initiatives culturelles, on le sait bien, ne peuvent pas se réaliser par les seuls moyens des individus et des groupes sociaux de dimension restreinte. Certes, il faut réaffirmer ici la compétence subsidiaire de la Confédération en matière culturelle, mais l'existence d'un Musée national suisse, des Archives fédérales et d'une Bibliothèque nationale suisse est une réalité dont personne aujourd'hui ne conteste l'utilité. Alors pourquoi ne pas entériner dans la constitution une disposition qui reflète la réalité que nous connaissons aujourd'hui?

De même, l'encouragement à certains aspects de la vie culturelle suisse, notamment le soutien aux minorités culturelles et les échanges entre les régions et la présentation de la culture suisse à l'étranger exigent des structures adéquates au niveau fédéral. On peut donc considérer le rôle de la Confédération comme subsidiaire pour compléter et renforcer le soutien apporté par les cantons et les communes, pour veiller à l'harmonisation de la vie culturelle, surtout en faveur des minorités et des milieux défavorisés, pour soutenir la présence culturelle suisse à l'étranger et, enfin, pour créer et entretenir certains organismes fédéraux bien définis.

La discussion relative à cet article constitutionnel devrait nous permettre de mieux clarifier la situation, de mieux définir la répartition des tâches entre un certain nombre d'organismes – je pose ici une question à M. Cotti, conseiller fédéral –, notamment entre la fondation Pro Helvetia, d'une part, et, d'autre part, l'Office fédéral de la culture. Je pense pour ma part que l'Office fédéral de la culture devrait soutenir et contrôler les organismes et les associations ayant une structure bien définie et exerçant une activité régulière par l'octroi d'une aide annuelle. En revanche, Pro Helvetia devrait soutenir les activités individuelles qui sont organisées sur le plan suisse et sur le plan international.

Par ailleurs, je tiens à rappeler que la diversité des régions et le souci de respecter l'autonomie des cantons devraient conduire à éviter toute recherche de solutions centralisatrices: par exemple la création d'une Ecole nationale des Beaux-Arts ou celle d'un Conservatoire national de musique. Mais, je pense qu'en matière d'information et de documentation, la Confédération aurait un rôle à jouer, et d'ailleurs le rapport Clottu le disait déjà en 1975.

En conclusion, je propose que nous acceptions ce projet d'article constitutionnel sur l'encouragement de la culture. Il respecte le fédéralisme helvétique, un fédéralisme constructif et ouvert et non pas un cantonalisme absurde. Cet article permettra de mieux affirmer la présence culturelle de notre pays sur le plan international. La Suisse a plus que jamais besoin de ce nouveau souffle culturel.

Mme Gardiol: J'interviens à mon tour pour soutenir cette proposition d'article constitutionnel sur l'encouragement de la culture qui ne se limite pas à l'encouragement de l'art ou des arts, bien que ce soit très important, mais qui prend la culture au sens le plus large, comme l'a si bien défini, il y a un instant, Mme Grendelmeier. Je n'aurai donc pas besoin d'allonger sur ce thème, à savoir comment on doit comprendre la culture, cette culture qui n'est pas un luxe, mais une partie fondamentale, essentielle de la vie, cette culture qui favorise la compréhension et la connaissance des autres et de soi-même, qui tend à promouvoir la tolérance et la curiosité, qui va vers le fédéralisme culturel, et qui rejette toute idée d'uniformisation. Tout cela est fort important après le 6 décembre, comme déjà relevé.

Le point dont je voudrais vous parler, c'est la notion d'accès à la culture qui sous-tend en fait tout cet article constitutionnel. Cette notion d'accès à la culture a fait irruption après la procédure de consultation. En allemand, elle se traduit par «Vermittlung», c'est-à-dire rôle de la Confédération comme médiateur de culture, ou en français, «d'accès à la culture». Je crois que le message est clair, c'est la globalité de cette notion qu'il faut retenir. Mais, depuis le rapport Clottu, il est reconnu que l'accès à la culture est entre autres favorisé par l'éducation des adultes. L'éducation des adultes permet à l'individu de s'orienter dans notre société complexe, de se situer, de prendre ses responsabilités sociales et civiques, de s'approcher des autres, par le biais de leurs différents modes de communication. Donc, l'éducation des adultes se situe au cœur de la politique culturelle et est très proche de la population. Je voudrais citer le professeur Fleiner qui considère que l'éducation des adultes, malgré le terme d'«éducation» contenu dans cette notion, n'est pas de l'éducation au sens strict du terme, mais bien un des cas particuliers de l'accès à la culture.

L'Office fédéral de la culture soutient d'ailleurs cette conception par son appui financier à l'éducation culturelle des adultes. L'Office fédéral de la culture limite les attentes des asso-

ciations d'éducation des adultes en limitant ses subventions au domaine de l'éducation culturelle des adultes. Il doit encore définir exactement ce qu'il entend. Que recouvre cette éducation culturelle des adultes? Il n'est pas aisément de définir où commencent la formation personnelle, la formation professionnelle et l'éducation culturelle. Mais, ce qui me semble important, c'est que l'article dont nous discutons aujourd'hui confirme ces limites d'éducation culturelle, mais aussi il les garantit, il les ancre dans la Constitution.

Il est clair qu'à moyen terme l'éducation des adultes dans sa totalité et sa complexité devra être prise en considération par la Confédération, mais cela dans une autre structure, peut-être une fondation qui reconnaîtrait les divers apports de l'éducation des adultes dans ses aspects les plus variés. Il se fait actuellement déjà tout un travail de fourmi pour dessiner ce chemin de l'avenir vers une nouvelle structure plus globale de l'éducation des adultes.

Aujourd'hui, je vous recommande de voter l'entrée en matière sur cet article sur l'encouragement de la culture tel qu'il est proposé.

Frau Haering Binder: Erlauben Sie mir einige kurze, beinahe spontane Bemerkungen zu unserer Diskussion. Wenn ich diese Eintretensdebatte zum Kulturförderungsartikel, aber auch unsere Gespräche in der Kommission Revue passieren lasse, dann komme ich zum Schluss: Dieser Kulturartikel ist zwar ein Wunschkind, aber er ist ein Wunschkind zur falschen Zeit.

Einige Punkte dazu: Wenn wir uns vergegenwärtigen, wie die Situation vor acht Jahren war, und sie in Relation zu unserer heutigen Diskussion setzen, stellen wir fest: Vergessen sind kulturpolitische Diskussionen in der Öffentlichkeit, die die Kultur-Initiative und der Gegenvorschlag damals ausgelöst haben. Vergessen sind die kulturpolitischen Diskussionen um Alltagskultur, Alternativkultur, die verschiedenen Kulturformen, vergessen ist aber auch das Engagement der Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der Kulturpolitik. Wo sind sie, die Künstlerinnen und Künstler? Bei der Kultur-Initiative damals haben sie sich vehement engagiert. Vergessen sind auch die Bemühungen der Kulturpolitik, um den Zugang breiter und neuer Bevölkerungskreise zur Kunst und zur Kultur zu verbessern. Vergessen ist – last but not least – die Forderung nach einem Kulturprozent. Kein Mensch würde sich heute getrauen, in diesem Rat diese Forderung zu stellen.

Am Schluss dieser Eintretensdebatte bleibt für mich somit das schale Gefühl, dass wir heute eine kulturpolitische Pflichtübung absolvieren.

Aber es gibt Zeiten, in denen auch Pflichtübungen von grosser Bedeutung sind. In einer solchen Zeit befinden wir uns heute. Gerade in Jahren grosser Budgetdefizite, gerade in Zeiten von Sparprogrammen, in Zeiten von Verteilungskämpfen müssen wir dafür sorgen, dass die strukturell und wirtschaftlich schwachen Interessen unserer Gesellschaft – und dazu gehört die Kultur – gestärkt werden. Gerade in einer Zeit der Rezession kann Kultur nicht nur das sein, was sich kommerziell und über Sponsoring finanzieren lässt.

Gerade in einer Zeit, in der unser Land im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess um seine kulturelle Identität ringt, brauchen wir eine Kulturförderung.

Kulturförderung ist für mich und für uns von der SP mehr als ein Wohlstandssymptom oder ein Hochkonjunktursymptom. Kultur betrifft die innere Qualität unseres Lebens.

Ich bitte Sie, mit uns zusammen dafür zu sorgen, dass dieses Wunschkind zur Welt kommen kann und dass es wenigstens gute Rahmenbedingungen erhält.

Weder Hansjürg: Als ehemaliger Präsident des Basler Heimat- schutzes möchte ich Ihnen am Denkmal-, Heimat- und Landschaftsschutz erläutern, warum es diesen Verfassungsartikel braucht. Wer die Schweiz mit wachen Sinnen bereist oder Jürg Frischknechts Buch «Wandert in der Schweiz, solang es sie noch gibt» liest, stellt mit Erschrecken fest, dass das Ausmass der Heimaterstörung Dimensionen angenommen hat, die nach Gegenaktivitäten rufen – um nicht zu sagen: schreien. Eine einzige Generation hat in wenigen Jahrzehnten die reiche

Kultur- und Naturlandschaft der Schweiz in eine über weite Strecken trostlose Zivilisationslandschaft verwandelt, indem sie althergebrachte Bausubstanz dem Abbruchhammer überantwortete, unersetzbliche Baudenkmäler vernichtete oder entstellte, hässliche Veränderungen an Orts- und Stadtgebilden zuließ.

Ich zeige Ihnen das Beispiel Basel: Basel hat in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren mehr an kulturhistorisch bedeutender Bausubstanz freiwillig – via Spekulanten usw. – niedergeissen, als Freiburg im Breisgau im letzten Weltkrieg bei sechs Bombardements verloren hat! Das ist bei uns freiwillig geschehen, und natürlich nicht nur in Basel, sondern in der ganzen Schweiz. Das Bild der trostlosen Stadtlandschaft ist Ihnen allen bekannt.

Denkmäler früherer Zeiten sind keine Mumien oder Schaustücke für versponnene Träumer oder weltfremde Liebhaber. Es sind vielmehr Urkunden unserer Vergangenheit, Vermächtnisse unserer Ahnen, leibhaftige Zeugen unserer Heimat. Goethe sagt: «Wohl dem Menschen einer schönen Stadt, er wandelt in ewigen Harmonien.» Man müsste sich eigentlich durch den Kopf gehen lassen, was einen so grossen Geist dazu führte, einen solchen Satz auszusprechen!

Indem wir aber die bauliche und landschaftliche Umgebung in blinder Weise verwüsten, bedrohen wir uns selbst am meisten. Man merkt kaum, dass bei diesem barbarischen Prozess selbst unsere Seelen Schaden nehmen; vor allem verlieren die Heranwachsenden den Respekt vor der baulichen und landschaftlichen Umgebung. Woher soll dem heranwachsenden Menschen Ehrfurcht vor irgend etwas kommen, wenn alles, was er sieht, billiges, hässliches Menschenwerk darstellt?

Denkmalschutz und Heimatschutz heißt Bewahrung von Landschaften, Einzelwerken und Ensembles, die für die Schönheit unseres Landes und der von Menschen eingefügten Bauwerke; es heißt auch Kreativität im Bemühen, Städte und Dörfer im Urzustand und in ihrer Ausstrahlung zu erhalten und zu pflegen!

Im europäischen Jahr für Denkmalpflege und Heimatschutz wurde seinerzeit die Deklaration von Amsterdam auch von der Schweiz mitunterzeichnet. In dieser Deklaration wird gefordert: «Die überlieferten Kulturschätze sind gemeinsamer Besitz. Daraus erwächst allen europäischen Völkern eine gemeinsame Verantwortung, diesen Besitz gegen die wachsende Bedrohung durch Vernachlässigung und Verfall, absichtliche Zerstörung, massstabfremde Neubauten und Beeinträchtigungen durch übermässigen Verkehr zu schützen.» Und hier spreche ich die Luftverpestung an. Ich darf das auch wieder am Beispiel Basel veranschaulichen: Am Münster in Basel befindet sich praktisch keine Originalplastik mehr. Sie stehen alle im Münstermuseum; sie wurden alle durch die Luftverpestung zerstört. Die neuen Plastiken gehen aber spätestens nach 40 Jahren wieder zugrunde und müssen ein weiteres Mal ersetzt werden. Das alles kostet Geld; für das alles brauchen wir einen Verfassungsartikel.

Unser bauliches Erbe kann nur überleben, wenn sein Wert auch von Politikern und den zuständigen Instanzen in Bund, Kantonen und Gemeinden erkannt wird. Der Bund ist soeben daran, dies zu erkennen. Es muss gelingen, eine Politik der Bewahrung durchzusetzen. Sonst wird das Erbe an Bauten und kulturhistorisch wichtigen Denkmälern weiter abnehmen.

Wir stehen aber auch in der Pflicht gegenüber kommenden Generationen, die völlig zu Recht den Anspruch an uns stellen, das Bild unserer Städte, Dörfer und Landschaften zu pflegen, zu bewahren und unter allen Umständen zu schützen.

Wir müssen unserer Vergangenheit die Zukunft sichern. Daher brauchen wir diesen Verfassungsartikel.

M. Epiney: Ceux qui font l'histoire n'étant pas ceux qui la racontent, les fédéralistes que nous sommes pourraient à la rigueur se contenter de l'ancre du principe de subsidiarité dans cet article constitutionnel. Mais un article constitutionnel génère beaucoup trop d'autogolos pour se satisfaire d'un pari sur l'avenir. Les lois d'application n'ont fait que trop de tort au fédéralisme, et elles ont souvent dénaturé l'esprit qui avait présidé à l'élaboration de l'article constitutionnel.

Deux raisons essentielles me poussent toutefois à soutenir ce projet. D'une part, sur le plan international, l'identité nationale doit pouvoir s'exprimer, unie dans sa diversité. D'autre part, sur le plan intérieur, la cohésion de ce pays a besoin de projets mobilisateurs que la culture notamment peut produire.

Après l'échec du 6 décembre 1992, on constate en Suisse une volonté manifeste de mieux se comprendre. Trop longtemps, nous nous sommes tolérés parce que nous nous ignorions. Dorénavant, pour pouvoir continuer à cohabiter, il faudra mieux se connaître pour se tolérer.

Cet article constitutionnel symbolise dès lors une véritable chance pour notre avenir commun. Il doit être compris non pas comme une ingérence dans les prérogatives cantonales, mais plutôt comme un terreau d'échange de nos sensibilités, ô combien, diverses. Et c'est à cause de cette volonté de jeter des ponts entre nous, Madame Sandoz, que je ne puis vous suivre aujourd'hui, car vous êtes devenue à notre goût une moitié trop entière.

On. Maspoli: Johann Gottlieb Fichte, nel suo libro «Die Aufgabe des Gelehrten Friedrich Schiller» e nelle sue «Briefe über die Erziehung des Menschengeschlechts», ha spiegato in modo vorrei dire meraviglioso qual è in fondo il compito dell'intellettuale, e di conseguenza, qual è il compito della cultura in una società. E' quello di aiutare la gente a porre delle domande, di aiutare la gente a pensare. Questo mi sembra il ruolo fondamentale e il compito principale di ogni attività culturale.

Purtroppo sappiamo – e lo sapete voi, come lo so io – che questo compito con il passare degli anni è andato via via scomodo, ha mutato i suoi indirizzi. Oggi l'intellettuale si pone su una cattedra, su cui normalmente si issa tutto solo, e da lì cala le sue lezioni sulle teste di chi lo ascolta o anche sulle teste di chi non vorrebbe ascoltare.

E' nato oggi il concetto del «prêt à penser» ovvero di pensieri confezionati che vengono buttati al popolo, e questa massa, questo popolo deve mangiarli, prenderli per buoni. Chi oggi non pensa come una determinata classe che si autodefinisce intellettuale è comunque stupido, è comunque fuori posto.

Io – e per dirlo subito, per sbarrare il campo da ogni qualsivoglia equivoco, voterò a favore dell'entrata in materia, e sono a favore di questo articolo, anche perché proprio da questo articolo, proprio dal lavoro svolto dalla commissione e proprio anche dal messaggio governativo mi attendo quegli stimoli e mi attendo quei segnali che possono portare la cultura a quello che una volta era e che purtroppo oggi non è più sempre. Ci sono – è chiaro – lodevolissime eccezioni in tutti i campi, anche in quello della cultura.

Non tutto quanto ha detto la nostra collega Sandoz era sbagliato. Se la nostra collega oggi non vota a favore dell'entrata in materia, non è – io credo d'interpretare – per i motivi elencati dall'amico Pini. Ho sentito nel suo intervento queste preoccupazioni, le preoccupazioni di dove oggi sta andando certa cultura e dove non si vorrebbe, o non tutti vorrebbero, farla andare. Credo però che la strada giusta non sia quella di non accettare questo articolo, sia piuttosto quella di contribuire poi affinché questo articolo venga – stavo per dire messo in circolazione –, che venga adottato e possa agire proprio nel senso di stimolare di nuovo, di stimolare meglio chi fa la cultura e di conseguenza la cultura stessa.

Io credo che il compito dell'intellettuale e il compito della cultura sia quello di essere divulgato a più persone possibili. Direi anzi che ogni persona che vuole prender parte alla mensa culturale deve avere la possibilità di farlo. Proprio in questo senso questo articolo è prezioso.

Una società in cui chi fa cultura si isola, in cui chi fa cultura è isolato dal resto del popolo, è una società ammalata. E per questa società ammalata credo che questo articolo sia la migliore medicina.

Ecco perché io voterò a favore e voterò ovviamente non solo l'entrata in materia, ma tutto l'articolo.

Bircher Peter: Ich möchte nur ein kurzes Votum abgeben. Ich habe beim Anhören dieser Debatte und der Referate, beim Studium dieser Botschaft eine doch sehr empfindliche Lücke

festgestellt. Man hat nämlich einen sehr bedeutenden Kulturträger gar nicht erwähnt, der sogar über Jahrhunderte eigenständig sehr viel Kultur entwickelt hat, der diese – Herr Dreher – sogar selber finanziert hat und heute noch finanziert. Er wäre mindestens der Würdigung wert gewesen. Man spricht sogar von privaten Sponsoren und allen möglichen Kulturträgern, und von diesem bedeutenden Kulturträger spricht man nicht: Ich meine schlicht und einfach den christlichen Humanismus, ich meine die Kirchen in diesem Lande, alle kirchlichen Gemeinschaften.

Wir haben kürzlich im Fricktal ein Konzert mit einem Kammerorchester aus Budapest als Gast organisiert. Ja, wo hätte dieses Konzert schon aufgeführt werden können, wenn nicht in einem akustisch hervorragenden Kirchenraum? Ich möchte dieses Thema nicht breit darstellen. Ich weiß, wir reden heute primär über das, was der Staat an Kulturförderung machen kann. Aber ich empfinde es doch als eine bedauerliche Lücke. Wenn dieser Artikel unsere Zustimmung erhält – die meinige erhält er –, so möchte ich doch wünschen, dass in den Erläuterungen zuhanden der Volksabstimmung dieser grosse Kulturbereich zumindest erwähnt wird.

Es ist nicht nur das historische Erbe, es sind nicht nur die Chagall-Fenster in Zürich oder die glänzende Kirche von Ernen, die offensichtlich ohne den Kulturträger Kirche nicht existieren würden; es sind auch die musikalischen Leistungen, und es sind bis heute sogar die Kirchgemeindehäuser; es sind all diese gemeinschaftsbildenden Kräfte und dieses vorhandene gesellschaftliche Substrat, welche, wenn wir hier schon gross von Kultur reden, auch der Würdigung wert wären.

Ich nenne eine aktuelle Aktion, die die Kirchen zum Beispiel gerade jetzt durchführen: die Fastenaktion, wo es immer auch um Völkerverständigung, um Kulturaustausch – zum Beispiel mit Afrika – geht. Die kirchlichen Hilfswerke – Fastenopfer und Brot für alle – leisten Jahr für Jahr einen grossen Beitrag zur Völkerverständigung und im weitesten Sinne zur Kulturbereicherung.

Ich würde eigentlich von unserem Kulturminister erwarten, dass er in seiner Stellungnahme auch dazu etwas sagt. Auch die Herren von der Verwaltung auf der Bank dort drüben möchte ich auffordern, beim Verfassen einer Kulturbotschaft einen so wesentlichen Kulturträger in diesem Land angemessen zu würdigen.

Frau Zölch: Eine Gesellschaft, die darauf verzichtet, in ihre Kultur zu investieren, hat letztlich den Glauben an ihre Entwicklungsmöglichkeiten verloren. Der Kulturförderungsartikel ist mehr als eine Rechtsgrundlage zur Vergabung irgendwelcher Kredite. Er ist ein Signal dafür, dass unser Land den Stellenwert der Kultur erkannt hat.

Wir alle suchen ja tagtäglich nach Lösungen der anstehenden Probleme; ich erwähne zum Beispiel den haushälterischen Umgang mit Ressourcen und Energie, eine verantwortbare und sinnvolle Mobilität, den Umgang mit Menschen aller Kulturreiche, die Solidarität zwischen Jung und Alt, zwischen Stadt und Land. Die Ziele sind oft klar, aber die Lösungen finden wir nur mit Phantasie und mit Kreativität. Und die Entwicklung von Phantasie und Kreativität muss gelernt, muss geübt werden.

Das Kulturschaffen und die Auseinandersetzung mit den Kulturschaffenden weckt in uns jene Phantasie, jene Vorstellungskraft, jene Motivation, die von uns allen gefordert sind, damit wir die Probleme des Alltags auch schöpferisch angehen können. Die Förderung der Kultur, des kulturellen Schaffens und die Unterstützung der kulturellen Institutionen, auch die Förderung der Kulturvermittlung und die Förderung der Suche nach neuen Antworten sind einer der Schlüssel für unsere Zukunft.

Der Kulturförderungsartikel, wie er uns von der Kommission vorgeschlagen wird, schränkt die Bewegungsfreiheit der Kantone, der Gemeinden und der Privaten nicht ein. Der Grundsatz der Subsidiarität bleibt gewahrt. Aber der Bund kann Initiativen, die von unten entwickelt werden, unterstützen und damit Eigeninitiative fördern und Motivation ankurbeln. Und dafür brauchen wir die Verfassungsgrundlage.

Nur ein Beispiel, das mir als Bernerin nahegeht: das Kornhaus

Burgdorf. Es ist ein Museum mit gesamtschweizerischer Bedeutung und Ausstrahlung. Zahlreiche Vereine und Hunderte von Privatpersonen haben in das Kornhaus ihre Freizeit, ihre Kraft investiert. Die Gemeinde und der Kanton haben ihre Beiträge geleistet. Und trotzdem ist das Museum heute gefährdet. Man warte einfach noch auf ein Wunder, sagte man mir. Mit dem Kulturförderungsartikel könnte die Unterstützung des Bundes grosszügiger sein, und ein gutes Stück Kulturgut könnte gerettet werden.

Denken Sie aber auch an den Brief, den wir alle vom Schweizerischen Musikrat erhalten haben. Er schrieb uns im Namen von fast 340 000 Blasmusikanten und Blasmusikantinnen, Sängern und Sängerinnen, Trommlern, Pfeifern, Jodlern und Jodlerinnen, Schülern und Schülerinnen der Musikschulen der Schweiz. Sie schreiben uns: «Ohne die verfassungsmässige Grundlage, ohne diese Absicherung, ist die Zukunft unserer Organisationen in Frage gestellt.»

Ich bitte Sie, setzen Sie heute ein Zeichen und geben Sie der Kultur unseres Landes den Wert, der ihr zusteht. Geben Sie Ihr Verfassungsrang.

Loeb François, Berichterstatter: Ich danke zuerst Frau Sandoz, dass sie mit ihrem Antrag eine engagierte Debatte ausgelöst hat. Die Kultur ist es wert.

Ich danke auch allen, die ein Bekenntnis zur Kultur abgelegt haben. Ich habe dieses Bekenntnis auch aus dem Votum von Frau Sandoz herausgehört. Ein so engagiertes Votum, Frau Sandoz, kann nur halten, wer die Kultur liebt. Sie sehen vermutlich einen anderen Weg.

Die Sprecherinnen und Sprecher, die hier am Rednerpult waren, haben die meisten Fragen bereits beantwortet. Ich kann mich deshalb sehr kurz halten.

Ich finde es schade, dass man Aengste, zu viele Aengste hat. Frau Sandoz, Sie haben als Vergleich unter anderem die «Bahn 2000» genommen. Dort werden viele Tunnels gebaut, und es ist dunkel. In der Kultur ist es nicht dunkel, sondern es ist hell, und sie bringt den Menschen innere Werte.

Ich möchte noch einmal sagen, dass wir bestehende Grauzonen eliminieren wollen. Wir wollen nicht Ausgaben auslösen. Es hat nichts mit Ausgabenauslösungen zu tun. Es hat mit Kompetenzabgrenzungen zu tun. Das ist es, worüber wir heute diskutieren. Vorhin sind Aengste vor einem Kulturvogt hörbar geworden. So etwas ist aber garantiert nicht beabsichtigt. Man will nicht eine eidgenössische Kulturpolitik machen, sondern man will die Kultur fördern.

Interessant war übrigens, dass viele Kolleginnen und Kollegen von einem «Kulturartikel» gesprochen haben. Der Artikel heisst aber «Kulturförderungsartikel». Es ist die Förderung, die wir anstreben.

Herr Dreher, Sie haben die Thyssen-Sammlung erwähnt. Ich bin mit Ihnen einig: Es ist schade, dass sie nicht in der Schweiz geblieben ist. Aber sie ist vermutlich gerade deshalb nicht in der Schweiz geblieben, weil wir keinen Kulturartikel haben. Herr Dreher, wenn der Bund 10 Millionen Franken ausgegeben hätte, wären Sie hier nach vorne gekommen und hätten gesagt, es sei ein Skandal, dass man der Thyssen-Stiftung 10 Millionen gebe. Man kann die Argumente immer nach Belieben herbeziehen.

Ich bitte Sie, dem Kulturförderungsartikel zuzustimmen. Er ist es wert. Wir sollten die Grauzonen eliminieren, und wir sollten vor allem eines machen: Wir sollten die Kultur in der Verfassung verankern. Die Kultur ist es wert.

M. Cotti, conseiller fédéral: Comme l'a dit M^e Grendelmeier, il y a à peu près sept ans, on se trouvait dans cette salle pour conduire la première bataille en faveur d'un article sur la promotion de la culture. Le double échec populaire d'alors peut être expliqué techniquement par le fait que le double oui n'était pas encore une des possibilités de vote de ce pays. D'autre part, nous devons reconnaître qu'une opposition forte s'était manifestée contre l'article sur l'encouragement de la culture. M^e Haering Binder a raison lorsqu'elle constate que l'enthousiasme des personnes de culture ne résonne plus dans cette salle comme autrefois, mais elle n'ignore certainement pas que vos débats sont suivis dans le pays avec beaucoup d'at-

tention par les personnes de culture, et non seulement par les artistes, ainsi que par toutes celles et tous ceux qui ont un intérêt pour la culture. L'attention est donc fixée sur cette salle aujourd'hui autant qu'il y a sept ans, et cela est bien ainsi.

Le Conseil fédéral s'est donné de manière explicite une pause de réflexion après le vote populaire de 1986. Messieurs Kern et Steinemann, vous vous plaignez que le Conseil fédéral revienne sur le sujet après un vote populaire. Or, nous avons délibérément déclaré, depuis le début, que nous nous imposions une pause de réflexion suffisamment grande. Si le peuple doit voter huit ou neuf ans après la première manifestation de sa volonté, cela fait partie du jeu démocratique de ce pays. Entre temps, le Conseil fédéral avait déclaré ne plus vouloir assumer, sur la base de la disposition constitutionnelle non écrite et tout ce qu'il y a de plus flou, de nouvelles tâches dans le secteur de la culture. Nous nous sommes donc rigoureusement tenus à ce programme. Nous avons simplement continué les tâches que nous avions assumées depuis longtemps, nous et les précédentes générations. En effet, on sait bien que toute une série d'institutions remontant en partie au siècle passé ont été prises en charge par la Confédération, et cela sans article constitutionnel écrit. Du point de vue formel, nous vous demandons aujourd'hui de mettre fin à une situation insatisfaisante et de bien vouloir introduire dans notre constitution une définition du soutien à la culture.

Vous avez entonné longuement l'hymne à la culture aujourd'hui. Ce serait vain de ma part de vouloir ajouter quoi que ce soit à ce que vous avez déclaré. Je me permets cependant de souligner que, dans une société qui prône de plus en plus le matérialisme et les valeurs purement extérieures, le fait qu'un Parlement se penche durant quatre heures sur les valeurs spirituelles de la culture représente une très bonne chose. La culture est, en fait, la motivation essentielle de beaucoup d'hommes et de femmes de ce pays. Madame Leemann, vous avez très bien dit que, au fond, c'est bien la culture qui distingue le monde des humains du monde animal et qui donne au monde des humains cet aspect fascinant et mystérieux que nous vivons tous les jours.

Depuis 1986, plusieurs choses se sont modifiées. Une constatation doit surtout être faite, qui n'avait alors pas les mêmes proportions: les nécessités même matérielles de la culture, des créateurs de culture, de ceux qui soutiennent la culture au niveau privé et public ont augmenté de manière exceptionnelle, de telle manière que j'ai eu l'occasion, il y a quelques mois, dans votre Suisse romande, Madame Sandoz, de rencontrer une série de personnalités du monde de la culture qui s'étaient opposées aux propositions du Conseil fédéral ainsi qu'à l'initiative populaire il y a huit ans, et qui témoignaient d'une modification de perception de la situation, je les cite en substance: «Bien sûr, il devient désormais nécessaire que la Confédération ne se désintéresse plus de la culture et que celle-ci entre dans la Haute Charte de ce pays.» Les besoins financiers surtout, mais aussi les autres besoins, d'infrastructures notamment, se sont tellement accrus que, disons-le franchement, la culture ne peut plus rester le seul objet des soins et des préoccupations des autorités locales et cantonales, voire des sponsors privés.

Quelles sont les finalités essentielles qui ont incité le Conseil fédéral à vous proposer ce nouvel article? Il y a encore une dernière raison dont je dirai quelques mots en conclusion.

Les domaines à encourager et à soutenir sont connus, je les indiquerai conformément au message. D'un côté, il y a évidemment la sauvegarde du patrimoine culturel de notre pays, dans sa merveilleuse variété. De l'autre côté, la promotion et l'encouragement de la créativité des hommes et des femmes en matière culturelle, comme le disait M. Mühlmann. Enfin, et surtout, la diffusion de la culture, comme vous l'avez dit, Monsieur Maspoli, la possibilité de transmettre cette production culturelle des femmes et des hommes à la plus grande partie de la population qui veut y avoir accès.

Je terminerai cette description des objectifs du Conseil fédéral en vous expliquant comment le Conseil fédéral entend œuvrer, si le peuple lui en donne la faculté. C'est surtout en se fondant sur le principe de subsidiarité, comme cela a été maintes fois évoqué aujourd'hui, et j'y reviendrai à la fin de mon inter-

vention, car il faudra absolument éviter que la culture, dans un pays qui en a heureusement plusieurs, devienne, de quelque manière que ce soit, l'apanage de l'autorité fédérale, voire de l'administration fédérale, de la bureaucratie fédérale. Une subsidiarité qui laisse au niveau concerné les compétences et les activités propres et qui ne transmettra au niveau le plus élevé que ce qui doit effectivement l'être.

Par conséquent, la subsidiarité envers le secteur privé exige – vous avez parfaitement raison, Monsieur Dreher – que nous accordions une grande importance au sponsoring dans le domaine culturel, et nous savons que dans l'histoire le mécénat a créé quelques-unes des œuvres les plus importantes de la culture des hommes. Mais nous savons aussi qu'il ne suffit pas. La subsidiarité joue aussi en faveur des autorités locales. Nous savons que les communes, surtout dans les villes, assurent aujourd'hui la responsabilité financière principale de la promotion de la culture en Suisse. Il faudra que cela continue, mais nous savons aussi que plusieurs de ces villes, même les plus importantes, sont arrivées à la limite de leurs possibilités face à des besoins, à des nécessités de culture qui sont en pleine croissance, heureusement pour notre société d'ailleurs. Enfin, la subsidiarité favorise les cantons qui resteront aussi les moteurs privilégiés du soutien de la culture.

Cela dit, je répondrai brièvement à Mme Sandoz pour essayer de définir l'esprit qui l'a animée dans son intéressante intervention. Je me permettrai de dire que cet esprit est tout à fait à l'opposé de celui qui pousse le Conseil fédéral à vous présenter ses propositions. Il y donc probablement des interprétations différentes, voire même des malentendus.

Puis-je me permettre de partir d'un exemple? Mme Sandoz a parlé elle aussi d'un exemple qui lui est très proche en tant que professeur d'université, quant à – si j'ai bien compris – la «mégalomanie» envahissante de l'autorité fédérale envers certaines universités, et elle a touché en particulier les universités romandes. Je dis cela en faisant une exception, parce qu'on a parlé ces derniers temps de quelques exemples.

Madame Sandoz, puis-je vous donner lecture de ma lettre personnelle qui a déclenché les remous que nous connaissons à l'attention de l'autorité genevoise pour la question que vous connaissez? Je disais, en plaident pour une certaine harmonisation et coordination: «.... on pourrait, dans ce cas, envisager la solution suivante: l'EPFL prendrait à sa charge tous les étudiants de l'Ecole d'architecture de Genève, sans frais pour l'Université de Genève. Il va sans dire que ceci ne serait pas possible du jour au lendemain.» Je conclus à l'intention de l'autorité genevoise: «Si vous souhaitiez faire examiner cette proposition plus en détail, vos services peuvent prendre contact directement avec le président du Conseil des écoles polytechniques», étant entendu que si on ne le souhaitait pas, la Confédération n'avait aucun moyen pour imposer quoi que ce soit. Je me pose donc la question de savoir si c'est cela la «mégalomanie» envahissante de la Confédération, si on maintient encore la possibilité d'ouvrir un dialogue qui, d'ailleurs, est en train de donner quelques bons résultats.

Dans l'intervention pure et dure de Mme Sandoz, j'ai aussi noté, en substance, la phrase suivante: «La Confédération a besoin de cet article.» Or, je suis d'avis que c'est là justement que réside le malentendu principal. Ce n'est pas que la Confédération ait besoin de cet article, Madame Sandoz, c'est que cet article est une nécessité pour un grand nombre de créateurs de culture, de sponsors privés, de communes et de cantons. C'est seulement pour cela que la Confédération essaie d'intervenir, et non parce qu'elle en aurait un besoin propre. Elle pense avoir désormais des responsabilités qu'elle n'avait peut-être pas les décennies précédentes, parce que d'autres pouvaient les assumer intégralement.

Vous avez agité, Madame Sandoz – disons-le franchement –, à partir du message et des propositions du Conseil fédéral, ce que je me permettrai d'appeler le «spectre» abominable de nouvelles commissions, de nouvelles structures d'ingérence de la Confédération, si bien que je vous vois pleine de crainte, voire de terreur face à cette présence de la Confédération, à tel point que, Madame Sandoz, si je vous ai bien entendue, vous avez qualifié l'article constitutionnel d'article mammouth! Voilà la Confédération qui propose un article mammouth!

Franchement, lorsque je compare ce que la Confédération et le Conseil fédéral vous proposent maintenant à d'autres articles de la constitution, je trouve qu'il n'y a rien de plus simple, de plus modéré que ce très court article constitutionnel que nous vous soumettons. Donc, je vous prierai malgré tout, Madame Sandoz, de voir le problème dans son ensemble et de ne pas faire trop de procès d'intention au Conseil fédéral, qui veut assumer une responsabilité, mais en laissant aux autres le rôle prépondérant dans cette question fondamentale.

Je me limiterai dans mes réponses aux autres opposants, MM. Dreher, Miesch, Steinemann, qui ont surtout fondé leurs conclusions sur les difficultés financières de la Confédération. Or, il n'y a pas de doute, il faut reconnaître que cet article arrive à un moment de graves difficultés financières pour la Confédération. Puis-je me permettre de rappeler que lorsque la Confédération disposait de bien davantage de moyens financiers, n'était-ce pas, Monsieur Dreher, l'époque à laquelle la collection Thyssen-Bornemisza a quitté la Suisse? La Confédération disposait peut-être de moyens financiers, mais elle ne disposait pas de bases constitutionnelles pour intervenir en quoi que ce soit. Alors, si vous voulez être logique, Monsieur Dreher, vous devriez au moins dire qu'il est utile de créer maintenant une base constitutionnelle, afin que si jamais le temps des vaches grasses devait revenir, la Confédération puisse à nouveau faire ce qu'elle n'a pas pu faire jusqu'à maintenant. Donc, s'il est indéniable que les difficultés financières actuelles représentent d'ores et déjà une difficulté opérationnelle certaine pour la Confédération, et s'il faut veiller à éviter que l'on se fasse trop d'illusions quant aux possibilités financières actuelles de la Confédération, il est important de profiter des temps actuels pour créer des bases afin que des moyens supplémentaires puissent être prodigues dans le futur, le cas échéant.

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung: Wenn nichts dazwischenkommt, ist dies meine letzte Intervention, die ich in der Eigenschaft als EDI-Chef vor dem Parlament mache.

Ich habe dem Kulturartikel, aber auch dem Ihnen bald zugehenden Sprachenartikel weit mehr Bedeutung zugemessen als vielen anderen Routinegeschäften, die aus meinem Departement gekommen sind. Dieser Artikel gehört meiner Ansicht nach ohne Zweifel zu den wichtigen Vorlagen dieser Legislaturperiode. Ich glaube tatsächlich – wie Frau Zöllch das gesagt hat –, dass die Verankerung des kleinen Wörtchens «Kultur» in unserer Bundesverfassung diesem Staatswesen gut ansteht. Das Wort «Kultur» fehlt bis heute im Grundkatalog unserer bundesstaatlichen Aufgaben und Kompetenzen. Nachdem unsere Verfassung Dinge wie zum Beispiel das Verbot, Absinth zu brennen, die Fabrikation und den Verkauf von Schiesspulver oder die Bereitstellung von Begräbnisplätzen regelt, scheint es mir an der Zeit, dass wir diesen Begriff in unserer Verfassung verankern.

Herr Tschoop hat mit Recht erwähnt, dass es eine Uebung sei, die hoffentlich mit zwanzig Jahren und nicht vielleicht irgendwann mit hundert Jahren Verspätung komme.

Signore e signori, siamo tutti in questa sala rappresentanti di un piccolo Stato nel cuore dell'Europa, che è cosciente e certe volte anche afferma in termini troppo retorici di essere un crogiolo di diverse culture e di diverse lingue; uno Stato all'incrocio di tre fra le più grandi culture europee: l'italiana, la francese, la tedesca; uno Stato che si fa un vanto di avere saputo raggiungere un clima di ottima convivenza fra queste culture. Il nostro compito è quindi più importante che mai di sapere mantenere unite e coerenti queste culture.

Ora mi sembra di poter dire che il 6 dicembre 1992, ma anche tutta una serie di altre occasioni hanno messo in mostra che il dialogo e la buona intesa fra le nostre comunità linguistiche e culturali lascia sempre di più a desiderare. Si parla di fossato, si parla di rottura fra la parte latina e la parte alemannica e talvolta anche fra le parti latine del nostro Paese, si parla di rapporti culturali che non esistono quasi più, si parla di culture che quasi non si conoscono più.

Ecco, io credo che dopo le più recenti esperienze, se vogliamo garantire al nostro Paese un futuro solido all'interno e un futuro pieno di promesse verso l'esterno, dobbiamo essere in grado di curare all'interno i nostri valori, e credo che questo ar-

tico sulla cultura, presentato molto prima dei tempi del 6 dicembre 1992 e di quanto in quelle settimane è avvenuto, rappresenta uno strumento fondamentale per garantire il futuro del Paese.

Attribuisco quindi all'articolo sulla cultura e all'articolo sulle lingue che ha uguale valore e che il Consiglio federale ha presentato simultaneamente o quasi al Parlamento, una importanza che va ben oltre i semplici aspetti tematici che qui vengono toccati.

Io vorrei pregare il Consiglio nazionale di non opporre più inutile resistenza a uno strumento fondamentale per lo sviluppo del Paese. Qui non siamo soltanto confrontati con un articolo sulla cultura o con un articolo sulle lingue, qui siamo confrontati con un problema che non saprei definire o tradurre nella lingua italiana e nemmeno nella lingua francese, perché solo la lingua tedesca ridà questo concetto nel suo significato più profondo. Siamo confrontati con un problema che ha un significato che dobbiamo definire «staatspolitisch». Questo è il compito che vi assumete votando quest'oggi questa importante proposta del Consiglio federale.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission

(Eintreten)	98 Stimmen
Für den Antrag Sandoz (Nichteintreten)	27 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I Einleitung

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, ch. I introduction

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 27 septies

Antrag der Kommission

Abs. 1

.... für kulturelle Werte. Der Grundsatz der Subsidiarität bleibt dabei gewahrt.

Abs. 2

Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Minderheit

(Fehr, Kern, Scheurer Rémy)

.... die Anliegen wenig begünstigter Landesteile.

(Rest des Absatzes streichen)

Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag Sandoz

Abs. 1

Der Bund hat das Recht, kulturelle Tätigkeiten von nationaler Bedeutung finanziell zu unterstützen.

Abs. 2, 3

Streichen

Art. 27 septies

Proposition de la commission

AI. 1

.... de la population. Le principe de subsidiarité est garanti.

AI. 2

Majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Minorité

(Fehr, Kern, Scheurer Rémy)

.... des intérêts des régions peu favorisées.

AI. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition Sandoz

AI. 1

La Confédération a le droit de soutenir financièrement des activités culturelles d'importance nationale.

AI. 2, 3

Biffer

Präsident: Ich schlage Ihnen vor, dass wir zuerst den Absatz 2 bereinigen und dann diese Fassung von Artikel 27septies dem Antrag Sandoz gegenüberstellen.

Abs. 2 – AI. 2

Mme Sandoz: Il s'agit, en l'occurrence, d'une proposition qui est unique, qui forme un tout. Les alinéas 2 et 3 n'ont à être biffés, dans ma conception, que si l'alinéa premier est admis dans le sens de ma proposition. Donc, si l'alinéa premier, tel que je le propose, n'est pas admis, je ne reviendrais pas demander la suppression des alinéas 2 et 3.

Frau Fehr, Sprecherin der Minderheit: Ich möchte Sie nicht mit Wiederholungen ermüden. Auch ich kann mich den vielen überzeugenden, wortreichen Aeusserungen zugunsten der Kultur im Allgemeinen und der Wünschbarkeit eines Verfassungsartikels im Speziellen anschliessen. Der Bund ist aufgerufen, die kulturelle Vielfalt der verschiedenen Landesteile zu stützen und damit schweizerische Identität im In- und Ausland bewusst zu machen. Gerade durch die geforderte Offnung besteht aber auch die Gefahr des Auseinanderbröckelns. Dies wiederum erfordert im besonderen Mass die Klammerfunktion des Bundes, das heisst mit anderen Worten die Förderung des kulturellen Zusammenhalts unserer Nation. Deshalb meine grundsätzlich positive Einstellung zum Verfassungsartikel. Dies wiederum hindert mich nicht, Sie daran zu erinnern, dass bis zum finanziellen «Schlechtwettereinbruch» in unserer Bundeskasse der Kulturbereich – abgesehen von der ungeordneten Rechtsgrundlage – auch ohne Verfassungsartikel bestens funktioniert hat. Die Schaffung eines Verfassungsartikels entsteht deshalb nicht aus einer eigentlichen Notlage heraus. Es wird darum nicht einfach sein, in der heutigen Zeit einen Kulturförderungsartikel, welcher letztlich – oder seien wir ehrlich: vordringlich – auch finanzielle Garantien erwirken möchte, über die Hürde einer Volksabstimmung zu bringen.

Man hat heute nachmittag sehr schöne, eindrucksvolle Worte zugunsten der Kultur gehört. Ich möchte Ihnen wünschen, dass die Diskussionen im Volk auch so harmonisch verlaufen. Wir haben in der Vergangenheit mehrmals lernen müssen, dass überladene Vorlagen beim Souverän keine Gnade gefunden haben. Diese Tatsache ist in den letzten Tagen an anderer Stelle mehrmals erwähnt worden. Um hier nun einer erfolgreichen Abstimmung den Weg zu ebnen, müssen wir den Artikel einer Schlankheitskur unterziehen. Eigentlich würde mir ein einziger Satz vollends genügen – da gehe ich mit Frau Sandoz einig –, aber da wir nun beschlossen haben, die Kulturkompetenzen in einem Verfassungsartikel doch etwas detaillierter zu umschreiben, habe ich meine Vorstellungen diesbezüglich etwas zurückgestutzt.

Ich bin aber der Ansicht, dass jegliche Formulierung, die neuen finanziellen Begehrlichkeiten Auftrieb geben könnte, unbedingt verhindert werden muss. Dazu gehört meines Erachtens die Ergänzung mit den Anliegen «wenig begünstigter Bevölkerungsgruppen». Das ist eine Bestimmung, die im Vernehmllassungsentwurf übrigens noch nicht vorhanden war, demzufolge auch keiner Notwendigkeit entsprach.

In der Zwischenzeit ist sie von verschiedenen Gruppierungen eingebracht worden. Ich habe die Liste studiert. Vor allem Jugendorganisationen haben hier ihren Appetit angemeldet, keine Alters- oder Invalidengruppen, die man hier wohl auch anfügen möchte, um die Ergänzung salonfähig zu machen. Die Jugend verfügt doch über so viel Lebendigkeit, Kreativität und Initiative, dass sie auf die Krücken des Staates verzichten kann. Im übrigen sind wir in der Kommission über den Begriff

«wenig begünstigte Bevölkerungsgruppen» nur dahingehend informiert worden, dass es sich hier um Minderheiten handle, die auftauchen und wieder verschwinden können. Dass hier der Staat allüberall gleich noch Geburtshelferin spielen soll, scheint mir überflüssig und unnötig.

Es geht in diesem Verfassungsartikel doch weitgehend um die grossen Linien, um die kulturelle Identität der Schweiz, die in erster Linie von der Spannung und dem Austausch zwischen den verschiedenen Sprachregionen und Landesteilen mit ihnen je eigenen kulturellen Werten lebt.

Wir müssen uns auch langsam vom Wohlstandsstaat mit seiner grosszügigen Spendierfreudigkeit lösen und uns einer nüchterneren und härteren Gegenwart stellen. Es liegt mir fern, wenig begünstigte Bevölkerungsgruppen – was immer man überhaupt darunter verstehen mag; je nach politischer Couleur bestehen hier sowieso die verschiedenartigsten Vorstellungen – in Misskredit zu bringen. Es geht mir schlicht darum, den Kulturförderungsartikel schlank über die Runden zu bringen. Mit anderen Worten: Beschränken wir uns auf das Wesentliche und überlassen den Rest der Eigeninitiative, dem schöpferischen Geist und der Lebensfreude des einzelnen Menschen. Vor allem die Jugend hat doch hier ein Riesenpotential zur Verfügung.

Die Minderheit – und ich schliesse die SVP-Fraktion mit ein – beantragt Ihnen deshalb, sich auf die «wenig begünstigten Landesteile» zu beschränken und die «Bevölkerungsgruppen» zu streichen.

M. Scheurer Rémy: Après l'intervention de M^{me} Fehr, il me sera possible d'être particulièrement bref. Lorsque nous disons «les régions peu favorisées», nous utilisons des termes qui sont bien connus et qui sont bien définis. Il va de soi que les populations peu favorisées peuvent être celles qui résident, précisément, dans ces régions. Mais, si cette notion est claire, celle de «groupes de population peu favorisés» est une notion qui nous paraît tout à fait ambiguë. Cela peut aller de gens qui ont des empêchements physiques ou autres, jusqu'à des gens qui se sont mis volontairement hors de la société et qui pourraient, à partir de ce moment-là, réclamer l'appui de la société dont ils sont volontairement sortis. Il y a un champ d'application qui nous paraît très large, et, de toute manière, ces personnes qui appartiennent à des groupes de population peu favorisés auraient leur communauté naturelle pour leur venir en aide, leur communauté communale ou cantonale, et là la Confédération n'aurait pas besoin d'intervenir. Le principe de subsidiarité ne s'étendrait pas jusque-là. C'est pourquoi et pour des raisons de clarté, le groupe libéral soutiendra la proposition de minorité Fehr.

Frau Goll: Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen, den Antrag der Minderheit Fehr abzulehnen.

Die Verankerung eines Kulturartikels in der Verfassung ist nicht nur längst überfällig, sondern gerade in einer wirtschaftlich und gesellschaftlich schwierigen Zeit wie heute notwendiger denn je.

Beim vorliegenden Kulturartikel ist es eigentlich fast wie in der heutigen Kulturdebatte. Wenn wir nämlich den vorliegenden Kulturartikel ganz genau anschauen, dann scheint es so, als hätte die heftige, kontroverse und auch spannende kulturpolitische Debatte in den siebziger Jahren gar nie stattgefunden. Sie sind heute dazu aufgerufen, die Aufnahme eines äusserst braven, ja sogar angepassten Artikels über die Kultur mit vorsichtigen und äusserst zurückhaltenden Kann-Formulierungen zu akzeptieren. Erfreulich ist dabei, dass der Kulturbegriff immerhin mit einem weitgefassten Interpretationsspielraum Aufnahme in die Bundesverfassung finden soll. Das entspricht ja tatsächlich der kulturellen Vielfalt in diesem Land, in unserer multikulturellen Gesellschaft.

Mit der Festbeschreibung dieses Artikels geht es ganz klar um den Stellenwert, den Sie als politisch Verantwortliche dem kulturellen Leben in seiner ganzen Vielfalt einräumen wollen. Finanzpolitische Bedenken, wie sie in der Eintretensdebatte immer wieder als Schreckgespenst an die Wand gemalt wurden, sind hingegen fehl am Platz, zumal ja auf ganz konkrete finan-

zielle Forderungen – wie beispielsweise das Kulturprozent, das in der letzten Initiative noch aktuell war – gänzlich verzichtet wurde.

Es geht – das wurde auch in der Kommission mehrmals betont – um eine Kompetenznorm. Mit der Regelung der Kompetenzfrage ist zwar schon einiges erreicht. Aber es braucht dann immer noch Konzepte zur Umsetzung. Dabei muss es unserer Meinung nach selbstverständlich sein, dass der Bund im Rahmen seiner Kulturförderung «die Anliegen wenig begünstigter Landesteile und Bevölkerungsgruppen» berücksichtigt, wie das in Absatz 2 festgehalten wird.

Ausgerechnet diese spezielle Erwähnung der weniger begünstigten Bevölkerungsgruppen will die Kommissionsminderheit streichen. Dieser Antrag könnte gar nicht symbolischer sein. «Wenig begünstigte Bevölkerungsgruppen» streichen heißt: Gar nicht daran denken müssen, sie möglichst aus den Gedanken streichen, schon gar nicht die Möglichkeit schaffen, dass ihre Anliegen in einem Verfassungsartikel berücksichtigt – nur berücksichtigt – werden. Es heißt auch ganz klar, die Teilhabe an einer möglichen Kulturförderung zu verhindern.

Sie wollen Kulturförderung in diesem Sinne auch nur für eine ganz kleine Minderheit, für eine ausgewählte, elitäre Gruppe zulassen, die sich Kultur ohnehin – selbstverständlich markt- und konsumgerecht – buchstäblich leisten kann. Und das vertreten Sie notabene in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen die Gefahr in sich bergen, eine weitverbreitete politische Resignation zu begünstigen und als Folge davon Teile der Bevölkerung aufgrund ihrer sozioökonomischen Situation oder aufgrund ihrer Herkunft nicht nur sozial, sondern auch kulturell auszgrenzen.

Zur kulturellen Vermittlung gehört die Aufrechterhaltung der Solidarität zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Zur Kulturvermittlung gehört insbesondere, dass alle Gesellschaftsmitglieder am kulturellen Leben teilnehmen können. Das ist die beste Prävention gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und gegen die Ausgrenzung von einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Ich möchte Sie bitten, sich eindeutig gegen diese selten einmalige Kleinlichkeit, die im Antrag der Minderheit Fehr zum Ausdruck kommt, zu wenden und dem moderaten, aber notwendigen Kulturartikel zuzustimmen.

Frau Grossenbacher: Die CVP-Fraktion lehnt den Minderheitsantrag Fehr ab, und zwar einstimmig. Unser Land ist reich, weil es verschiedene Kulturen und verschiedene Sprachen vereint. Was wären wir doch für ein armes Land, wenn wir nur eine Sprache hätten, wenn wir alle blond und blauäugig wären, alle jung und gesund!

Es ist ein altes, ungeschriebenes schweizerisches Recht, es spielt in den Kantonen und im Bund, dass man den Minderheiten mehr geben muss, als ihnen zusteht. Deshalb haben wir auch einen Bundesrat und eine Bundesrätin aus der Romanie und einen Bundesrat aus der italienischen Schweiz. Die Gleichmacherei ist immer ein Eingriff. Ich erinnere an das traurige Kapitel, als man die Kinder der Landstrasse sozialisieren wollte – das ist nur ein Beispiel. Es ist schlimm, wenn man so weitermachen will, wenn man die Minderheiten nicht mehr teilnehmen lassen will, sei es an der Kultur, sei es anderswo.

Ich verstehe die Angst zum Beispiel der SVP vor Minderheiten nicht. Ich habe eher Angst vor Intoleranz und vor Gleichmacherei. Es macht mich traurig, und ich erschrecke, wenn Frau Fehr sagt, dass Jugendliche bereits ihren Appetit auf diesen Kulturförderungsartikel angemeldet hätten. Ich wäre stolz, wenn sich unsere Jugend an unserer Kultur beteiligen würde. Ich zähle unsere Jugend auch nicht zu wenig begünstigten Bevölkerungskreisen.

Wenn Minderheiten – ich denke auch an die Tessiner – ihre Sprache verteidigen, so verteidigen sie auch die mehrsprachige, multikulturelle Schweiz und den Föderalismus. Der Bund hat die Aufgabe, eine ausgleichende Funktion zu übernehmen, die drohende Benachteiligung zum Beispiel von einzelnen Landesteilen und Bevölkerungsgruppen aufzufangen. Die vielgerühmte und vielgepriesene Einheit in der Vielfalt, die

unser Land auszeichnen sollte, kommt nicht von allein. Wir müssen diese kulturelle Vielfalt auch pflegen, etwas dafür tun. Solidarität, die wir zwischen den verschiedenen Kulturen wollen, lässt sich nicht per Knopfdruck herbeizaubern, schon gar nicht in Zeiten des Konfliktes! Solidarität zu erlangen ist eine Daueraufgabe, ein Prozess, denn die Solidarität wächst auf dem Boden des gegenseitigen Kennenlernens, der gegenseitigen Achtung und der gegenseitigen Akzeptanz. Diese erreichen wir nur, wenn wir die benachteiligten Bevölkerungskreise miteinbeziehen. Deshalb dürfen wir diesen wichtigen Teil im Kulturförderungsartikel nicht streichen, denn gerade dieser zeigt auf, wie ernst wir es mit dieser multikulturellen Schweiz meinen!

Frau Robert: Die grüne Fraktion lehnt den Antrag der Minderheit Fehr ebenfalls ab. Für uns ist die Ausgleichsfunktion der Kultur nicht nur zwischen Regionen, sondern auch zwischen Bevölkerungsgruppen ganz wichtig. In einer Zeit, in der sehr viele bisherige Gemeinsamkeiten auseinanderfallen, ist das eine wesentliche Klammer.

Noch ein Wort zur Argumentation von Frau Fehr, die uns schon sehr seltsam, um nicht zu sagen ein bisschen zynisch vorgekommen ist: Sie hat mit dem Beispiel der Jugend argumentiert und gesagt, die Jungen, die hätten doch noch Phantasie, die seien engagiert, die hätten ein schöpferisches Potential, die brauchten darum kein Geld. Das würde heissen, dass die Kulturförderung und alles Geld, das wir dafür ausgeben, für diejenigen wäre, die kein schöpferisches Potential, kein Engagement und keine Phantasie haben. Das ist eine Argumentation, die wir überhaupt nicht begreifen können, Frau Fehr. Aber was Sie sagten, läuft auf das hinaus.

Wir bitten Sie, den Antrag Fehr abzulehnen.

Präsident: Die LdU/EVP-Fraktion lässt mitteilen, dass sie gegen den Antrag der Minderheit Fehr stimmen wird.

Loeb François, Berichterstatter: In der Kommission ist der Antrag der Minderheit mit 15 zu 3 Stimmen abgelehnt worden. Die Bestimmung, «weniger begünstigte Landesteile und Bevölkerungsgruppen» einzubeziehen, ist im Gesamtzusammenhang zu sehen. Sie bildet ein Kriterium für die subsidiäre Tätigkeit des Bundes bei der Unterstützung der Kantone, Gemeinden und Privaten, aber nicht für ein eigenständiges Aktionsfeld. Bei diesem Kriterium handelt es sich um das Grundprinzip des Bundesengagements, weil bei Kultur und Kulturförderung in erster Linie der Mensch betroffen und vornehmlich auch der soziale Aspekt zu berücksichtigen ist.

Frau Fehr hat ihren Antrag gestellt, weil sie Angst hat, dass die Unterstützung benachteiligter Bevölkerungsgruppen ausufen könnte. Ich kann sie beruhigen. Wichtig ist, dass allen Menschen der Zugang zur Kultur erleichtert wird, dass also keine einseitig Begünstigten entstehen.

In der Praxis wird sich die Anwendung dieses Kriteriums auf einzelne klar definier- und abgrenzbare Bereiche beschränken. Ich möchte einige Beispiele nennen: Kulturtätigkeit im Interesse von Kindern und Jugendlichen, kulturelle Anliegen von Betagten und Behinderten, sprachliche Minderheiten, beispielsweise im Zusammenhang mit den Rätoromanen, gewisse Sparten der Volkskultur.

Speziell möchte ich noch auf den Umstand hinweisen, dass die Ausführungsgesetzgebung genaue Bestimmungen enthalten wird und dass wir in diesem Saal darüber sprechen und darüber bestimmen können, wie wir vorgehen wollen. So wie es jedoch in der Kommission besprochen wurde, ist ein restriktives Vorgehen beabsichtigt. Wir möchten Frau Fehr sagen – wir haben ihr das schon in der Kommission gesagt –, dass ihre Ängste betreffend Ausuferung unbegründet sind. Es wären ja schon die Mittel dazu nicht vorhanden.

M. Béguelin, rapporteur: La Confédération ne veut pas soutenir une culture élitaire. Elle veut favoriser, au contraire, une culture ouverte à toutes et à tous, pas seulement dans les villes, mais aussi dans les régions, et aussi aux groupes de population peu favorisés. Qu'entend-t-on par groupes de population peu favorisés? Il s'agit des enfants, des jeunes, du troi-

sième âge, des invalides, de formes de culture populaire au sens helvétique du terme, et des minorités linguistiques, je pense là au romanche. L'interprétation est ainsi restrictive. Dans la commission, la proposition de minorité Fehr a été rejetée par 15 voix contre 3 et avec 1 abstention.

Bundesrat Cotti: Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Fehr nicht anzunehmen. Die besondere Aufmerksamkeit für «wenig begünstigte Landesteile und Bevölkerungsgruppen» bringt ja, Frau Fehr, in keiner Weise irgendwelche qualitative Elemente in die Diskussion ein. Wir gehen, quantitativ, von einer bestimmten Grösse aus, und wir werden diese Grösse mit besonderer Aufmerksamkeit in diesem Sinne verteilen.

Ich glaube also, dass man die Begründung, die Sie angeben und die an sich verständlich ist, nämlich die finanzielle Begründung, hier keinesfalls anwenden kann. Es geht darum, in einer Förderungsfunktion gewisse Akzente zu setzen. Diese Akzente sind im Vorschlag des Bundesrates richtig zur Darstellung gebracht. Ich glaube nicht, dass daran etwas geändert werden muss.

Letzten Endes ist das, was hier vorgeschlagen wird, ein ergänzendes Kriterium zum allgemeinen Prinzip der Subsidiarität. Dieses Prinzip soll gelten. Gesetzt sind die Akzente so, dass sich jene angesprochen fühlen können, die ein besonderes Bedürfnis nachzuweisen vermögen. Der Bund hat in seiner subsidiären Tätigkeit ausgleichend zu wirken. Das scheint mir echte Subsidiarität, ohne dass damit irgend etwas zur gesamten quantitativen Verteilung ausgesagt wird.

Ich bitte Sie, im Dienste einer breiten Kultur – im Unterschied zu einer elitären Kultur, die dem Minderheitsantrag unterstellt werden könnte –, den Antrag der Minderheit Fehr abzulehnen.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	70 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	38 Stimmen

Abs. 1–3 – Al. 1–3

Mme Sandoz: Vous êtes entrés en matière sur l'article concernant la culture, et on peut évidemment le comprendre puisqu'il s'agit de culture, et, comme l'a fort bien dit M. Béguelin, je crois que personne parmi nous, et moi non plus, n'est un ennemi de la culture. Il s'agit maintenant de savoir ce que l'on veut mettre dans l'article en question. J'y ai fait allusion lors du débat d'entrée en matière; on peut imaginer un article encourageant la culture qui aurait comme contenu la proposition, que je me suis permis de faire, à savoir: «La Confédération a le droit de soutenir financièrement les activités culturelles d'intérêt national.»

La raison d'être de cette proposition est, en fait, triple. D'abord, il s'agit de donner une base constitutionnelle au soutien financier d'un certain nombre d'organisations culturelles existantes et d'autres futures, puisque, évidemment, nous pensons au futur et pas seulement au présent ou au passé. En effet, si vous considérez la formulation de ma proposition, il s'agit bien de soutenir financièrement – ce que demandent la plupart des associations qui se sont adressées à vous et à nous – les activités culturelles.

Quelques personnes sont venues à ce pupitre définir la culture, je n'en aurai pas la prétention, mais je peux néanmoins affirmer que les activités culturelles comportent aussi tout ce qui est musique, tout ce qui est chant, tout ce qui est danse, tout ce qui est littérature, organisation d'un certain nombre de manifestations culturelles, etc. Il s'agit d'activités culturelles d'intérêt national, notion qui est parfaitement claire puisqu'elle reprend tout simplement celle que vous trouvez à l'article 24sexies alinéa 3 in fine de la Constitution fédérale, concernant la protection de la nature et du paysage, où l'on protège en effet les réserves naturelles, les sites intéressants, les monuments d'importance, ou d'intérêt, ce qui revient au même, nationale. Cet article datant de 1962, il y quand même 31 ans que nous sommes au clair sur cette notion d'intérêt national. Je pense que la disposition est parfaitement claire. Par conséquent, le premier motif, c'est de donner une base consti-

tutionnelle, ce qui est tout à fait légitime, pour faire suite aux demandes d'un certain nombre d'organisations culturelles. Deuxième motif: respecter profondément le principe de subsidiarité que beaucoup d'entre vous sont montés défendre, à juste titre, à cette tribune, principe cher d'ailleurs à M. Cotti, conseiller fédéral, et je le comprends, parce qu'il m'est cher aussi dans la mesure où il veut dire quelque chose. Principe de subsidiarité en effet, car c'est des privés, ou des communes, ou des cantons, que doivent venir les initiatives culturelles. Lorsque ces initiatives sont nées, il y a alors la possibilité, si elles sont d'intérêt national, de s'adresser à la Confédération pour demander un appui financier. C'est exactement la démarche que plusieurs d'entre vous sont venus défendre à ce micro.

Enfin, troisième motif, pour lequel je voudrais solliciter votre attention quelques secondes parce qu'il représente un fédéralisme revitalisé qui me paraît sortir nettement de la frilosité habituelle -- que d'aucuns m'ont reprochée d'ailleurs. En effet, si vous lisez l'article 7 de la Constitution fédérale, vous verrez qu'il autorise les cantons à passer entre eux des conventions. Si celles-ci, qui peuvent porter sur tous les domaines où ils sont compétents, et notamment la culture, n'ont rien de contraire au droit fédéral -- et il est évident que des activités culturelles ne sauraient être contraires au droit fédéral --, les cantons peuvent alors requérir la coopération de la Confédération. Toutefois, cet article 7 est très général. Si vous y ajoutez ma proposition, possibilité de demander un soutien financier, alors vous donnez à la démarche fédéraliste une plénitude, une dimension, une force et une revitalisation que seuls des ennemis de la culture pourraient lui refuser.

Frau Haering Binder: Dieser Artikel beschlägt unser Verhältnis zum Föderalismus im Bereich der Kulturpolitik, d. h. das Spannungsfeld zwischen lokaler Eigeninitiative und lokaler Eigenverantwortung einerseits und den Zielsetzungen einer nationalen Kulturpolitik und einer nationalen Kulturförderung andererseits. Der Bundesrat schlägt uns in seiner Vorlage eine sehr sorgfältige Umschreibung dieses Verhältnisses vor. Er formuliert es wie folgt: «Bund und Kantone fördern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten das kulturelle Leben»

Diese Formulierung ist sehr ausgewogen. Sie sagt eigentlich alles. Doch trotz dieser ausgewogenen Formulierung liessen sich in der Kommission die Befürchtungen, es entstehe eine zentralistische Kulturpolitik, nicht zerstreuen. Und auch die Angst vor diesen Ängsten liess sich nicht beruhigen. Die Kommission hat darauf Rücksicht genommen und den Gedanken des Föderalismus mit einem weiteren Zusatz verstärkt, einem Zusatz, der die Bedeutung des Subsidiaritätsprinzips unterstreicht.

Nun kommt Madame Sandoz und verlangt mit ihrem Antrag, dass sich der Bund mit seiner Förderung der Kultur auf kulturelle Aktivitäten von nationaler Bedeutung beschränken solle. Was heisst, «von nationaler Bedeutung»? Es könnte heissen: «700-Jahr-Feier», «Landesausstellung», allenfalls noch «Kultauraustausch mit dem Ausland». Diese Auslegung des Begriffs «von nationaler Bedeutung» wäre absolut restriktiv.

Wenn wir auf der anderen Seite von der kulturellen Vielfalt unseres Landes ausgehen, könnten aber durchaus sämtliche kulturellen Aktivitäten, die die kulturelle Vielfalt unseres Landes fördern, als «von nationaler Bedeutung» bezeichnet werden.

Frau Sandoz argumentiert mit Artikel 24 des Natur- und Heimatschutzgesetzes. Ich denke, meine Ausführungen haben die Begrenztheit dieser legalistischen Betrachtungsweise aufgezeigt. Die Tatsache, dass eine Formulierung in einem Gesetz gefunden worden ist, heisst noch lange nicht, dass wir mit der gleichen Formulierung in einem anderen Bereich problematisch legifizieren würden.

Wenn wir uns das Nichteintretensvotum von Frau Sandoz nochmals vor Augen führen, so sehen wir, dass sich hinter ihrer formaljuristischen Argumentation sehr wohl Politik verbirgt, nämlich die Politik «möglichst wenig Kulturpolitik des Bundes». Und wenn es doch zu einem Kulturartikel kommen soll, dann soll es bitte einer sein, der sich selber ad absurdum führt und irrelevant ist. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag Sandoz ab.

Ich bitte Sie, dem bereinigten Antrag der Kommission zuzustimmen, auch wenn ich selber der ursprünglichen Vorlage des Bundesrates den Vorzug gegeben hätte. Dem Kulturfrieden zuliebe schliesse ich mich der Kommission an.

M. Etique: Au nom du groupe radical, je voudrais vous proposer de rejeter la proposition de Mme Sandoz de rebâtir fondamentalement et conceptuellement cet article 27 de la Constitution fédérale et ce, pour trois raisons.

Tout d'abord, cette formulation me paraît juridiquement très bizarre: «La Confédération a le droit» Qui donne ce droit à la Confédération? Le Parlement, me direz-vous, mais dans le fond ce sont les cantons qui abandonnent une partie de leur souveraineté en faveur de la Confédération. Ce n'est en tout cas pas une formulation très habituelle. Il faudrait dire au moins: «La Confédération peut»

En outre, je ne sais pas si vous l'avez voulu ainsi, Madame Sandoz, mais il y a un côté ironique dans votre formulation, un côté assez méprisant pour la Confédération, lorsqu'on lui concède, du bout des doigts, la possibilité d'intervenir pour soutenir les activités culturelles.

Enfin, votre proposition n'est pas bonne parce qu'elle rompt la systématique du principe, qui est basée sur l'action conjointe de la Confédération, des cantons et des communes, la Confédération agissant subsidiairement. Elle a de surcroît la faiblesse, au niveau du fédéralisme, de faire disparaître du texte constitutionnel le caractère subsidiaire de l'intervention de la Confédération. Votre formulation va, à mon avis, à l'encontre de l'objectif que vous vissez, c'est-à-dire le fédéralisme.

Loeb François, Berichterstatter: Der Antrag Sandoz ist in der Kommission nicht diskutiert worden. Ich kann Ihnen deshalb nur meine persönliche Meinung dazu sagen.

Eine Beschränkung auf eine blosse Kompetenznorm dieser Art könnte auf den ersten Blick verlockend wirken. Sie birgt jedoch Nachteile in sich. Eine solche Bestimmung wirkt zuerst einmal sehr isoliert. Es fehlt im Sinne des modernen Verfassungsrechts der Sinnzusammenhang, der die Rolle und Bedeutung von Kultur und Kulturförderung unterstreicht.

Was Ihnen die Kommission vorschlägt, ist ein sinnvoller Aufbau. Es ist zuerst eine Ziellnorm; daneben haben wir die beiden anderen Normen: einerseits die ausführliche Kompetenznorm; sie präzisiert das Bundesengagement bzw. legt dessen Grenzen klar fest; andererseits die Subsidiarität.

Ich bin etwas erstaunt, Frau Sandoz, dass Sie der Satz der Subsidiarität, der gerade den Föderalisten – ich bin auch ein Föderalist – am Herzen liegen sollte, stört.

Ein weiterer Punkt, der mir Schwierigkeiten bereitet: Der Bund sollte nach Ihrem Vorschlag nur finanziell unterstützen können. Wir haben aber neben den finanziellen Unterstützungen noch andere Aufgaben, zum Beispiel den Betrieb des Landesmuseums, der Landesbibliothek, die Stiftung Pro Helvetia. All das könnte mit Ihrer Formulierung nicht mehr gemacht werden, weil Sie nur von finanzieller Unterstützung reden.

Der Vorschlag der Kommission scheint mir föderalistischer und deshalb auch realistischer zu sein. Ich hätte Angst, dass dann gerade die föderalistischen Kreise kommen und sagen würden: Wo ist die Subsidiarität? Sie fehlt; sie ist nicht vorhanden. Und mit diesem Argument die Vorlage bekämpfen würden.

Weil dies der letzte zu behandelnde Absatz ist, möchte ich bei dieser Gelegenheit Herrn Bundesrat Cotti für sein Engagement für den Kulturförderungsartikel danken. Es war beeindruckend, wie er für diesen Kulturförderungsartikel eingestanden ist und wie er ihn als einen seiner Schwerpunkte gesetzt hat. Recht herzlichen Dank!

Mme Sandoz: Je voudrais simplement préciser que cette formule étrange «a le droit de», qui a soulevé l'indignation du président de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture, est reprise de l'article 27 alinéa premier de la Constitution fédérale: «La Confédération a le droit de créer, outre l'Ecole polytechnique» C'est une des formules qui a le mieux fondé le principe de subsidiarité dans l'enseignement.

M. Béguelin, rapporteur: La proposition Sandoz n'a pas été discutée en commission. Elle est vague par rapport au texte qui vous est soumis. Il faut rappeler que la Confédération a déjà des tâches culturelles propres non complémentaires, comme par exemple le Musée national suisse ou la Bibliothèque nationale suisse.

Enfin, le texte de la commission qui vous est soumis, complété par la majorité de la commission avec la phrase supplémentaire: «Le principe de subsidiarité est garanti», présente toutes les assurances. C'est pourquoi, bien que la commission n'en ait pas discuté – comme je viens de le dire –, j'ose vous recommander avec conviction de rejeter la proposition Sandoz.

M. Cotti, conseiller fédéral: Je pourrai être très bref parce que la proposition très sèche de Mme Sandoz ne répond pas à l'exigence que Mme Sandoz voit tout aussi bien que moi. On considère de plus en plus dans une norme constitutionnelle avant tout sa finalité et ensuite seulement le cadre et les conditions générales pour l'explication par la Faculté ainsi que celles pour fonder la compétence de la Confédération. Je tiens à ajouter que le Conseil fédéral se rallie à la proposition de la commission d'insérer de manière formelle le principe de subsidiarité dans la disposition constitutionnelle. L'évolution de la réflexion et de la pensée doit être beaucoup plus claire que la simple précision de l'aide financière à donner. Je pense donc que toute la construction du Conseil fédéral est bien plus logique. Elle donne un sens réel et fondamental à la mesure qui vous est proposée.

Pour terminer, je dirai que – cela a d'ailleurs déjà été indiqué par les rapporteurs – Mme Sandoz oublie le principe de subsidiarité. C'est très bien; cela me permet de rejoindre ses affirmations d'aujourd'hui, parce qu'il paraît que finalement elle reconnaît que, même sans l'inscrire dans la constitution, le principe de subsidiarité sera observé. Donc, tout en acceptant la proposition de la commission, je reste convaincu du fait que la proposition du Conseil fédéral est plus complète et donne un meilleure cadre.

Abstimmung – Vote
Für den Antrag der Mehrheit
Für den Antrag Sandoz

74 Stimmen
31 Stimmen

Ziff. II
Antrag der Kommission
Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Ch. II
Proposition de la commission
Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble
Für Annahme des Entwurfs
Dagegen

88 Stimmen
20 Stimmen

Abschreibung – Classement

Antrag des Bundesrates
Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse
gemäss Seite 1 der Botschaft
Proposition du Conseil fédéral
Classer les interventions parlementaires
selon la page 1 du message

Angenommen – Adopté

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.3028

Postulat WBK NR 91.073 **Unesco-Konvention Kulturgüterschutz.** **Unterzeichnung**

Postulat CSEC CN 91.073 **Convention de l'Unesco** **pour la protection des biens culturels.** **Signature**

Wortlaut des Postulates vom 22. Januar 1993

Der Bundesrat wird aufgefordert, umgehend die Unesco-Konvention von 1970 über Massnahmen zum Verbot und zur Verhinderung der unerlaubten Einfuhr, Ausfuhr und Eigentumsübertragung von Kulturgütern zu unterzeichnen und die rechtlichen Bestimmungen zu erlassen, um den Verlust von nationalem Kulturgut zu verhindern und ausländische Staaten bei der Wahrung ihres kulturellen Erbes zu unterstützen.

Texte du postulat du 22 janvier 1993

Le Conseil fédéral est chargé de signer sans tarder la Convention de l'Unesco de 1970 concernant les mesures à prendre pour interdire et empêcher l'importation, l'exportation et le transfert de propriété illicite des biens culturels et d'édicter des dispositions légales en vue d'éviter la perte de valeurs culturelles nationales ainsi que de soutenir des Etats étrangers dans leurs efforts visant à sauvegarder leur patrimoine culturel.

Präsident: Der Bundesrat akzeptiert das Postulat.

Frau Haering Binder: Das Thema dieses Postulates, der Kulturgüterschutz, bildete Gegenstand einer längeren Diskussion in unserer Kommission. Wir haben uns am Rande der Kommissionssitzung in einem entsprechenden Hearing informieren lassen. Wir haben auch einen entsprechenden Antrag zur Ergänzung des Kulturartikels gestellt. Dass wir auf diesem Antrag nicht beharrt haben, also hier keinen Minderheitsantrag präsentiert haben, hatte zwei Gründe:

1. Wir wollten die Kulturhändlermafia nicht gegen diesen Kulturartikel aufputschen;
2. das Bundesamt für Kultur stellte uns die Vernehmlassung eines separaten Pakets zum Kulturgüterschutz auf Anfang 1993 in Aussicht.

Das erste Ziel verfolgen wir nach wie vor. Ich hoffe, dass nun auch das Bundesamt für Kultur endlich sein Versprechen einlösen wird.

Ueberwiesen – Transmis

Präsident: Ein kurzes Dankeschön dem Kulturminister. Ich hege die Vermutung, dass Herr Bundesrat Cotti diesen letzten Auftritt im Nationalrat als Kulturminister nicht besser hätte programmieren können. Wir verabschieden den Chef EDI und werden ihn als Aussenminister bereits im April wieder bei uns begrüssen können. (*Beifall*)

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

M. Leuba: Vous avez constaté que nous avons demain quatorze pétitions à l'ordre du jour. Six d'entre elles en tout cas – si j'ai bien compté – font l'objet de propositions divergentes. Certaines de celles-ci vont notamment entraîner des débats considérables dans notre Conseil, ce qui nous empêchera de mener nos discussions de manière correcte. C'est la raison pour laquelle je propose d'appliquer l'article 45 alinéa 4 RCN qui dit: «Le Conseil traite, dans la règle, les pétitions dans la session qui suit les délibérations de la commission le vendredi de la troisième semaine.»

Bundesverfassung. Kulturförderungsartikel

Constitution fédérale. Article sur l'encouragement de la culture

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Frühjahrssession
Session	Session de printemps
Sessione	Sessione primaverile
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	91.073
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.03.1993 - 15:00
Date	
Data	
Seite	505-527
Page	
Pagina	
Ref. No	20 022 407